

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillienstraße Nr. 12

Insertionspreis pro dreizehnpaltiger Pettizelle 30 Pfg., für Mitgliedskarten 20 Pfg.

Kollegen! Benutzt die Hochsaison zur Agitation in allen Fabrikbranden! Lehrt auch die Arbeiterin, die heute des Unternehmers beste Stütze ist, den Kampf für ihre Interessen!

Die Reichsregierung

beschäftigt sich auf Antrag der Württembergischen Regierung mit Erhebungen, ob in den Bäckerei- und Konditoreibetrieben die Zeit für Vorarbeiten noch eine weitere halbe Stunde ausgedehnt werden soll! Für diese ganz krasse Verschlechterung unserer Arbeitsverhältnisse will man die an und für sich belang- und wertlosen Bestimmungen über die Ruhezeit event. dahin abändern, daß diese von acht auf neun Stunden im Gesetz festgelegt werden soll.

Macht sofort gegen diese reaktionären Pläne überall Front! Macht der Kollegen-schaft klar, daß dies ein Attentat auf unsere wenigen freien Stunden ist! Arbeiterschutz verlangen wir — Arbeiterschutz bietet man uns! Laßt diese Pläne an eurer Einigkeit zu schanden werden!

Im gleichen Schritt.

Zu dem Kampfe der Arbeiterschaft für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und für Beseitigung aller Klassenherrschaft stellt unsere Organisation — darüber machen wir uns zu allererst ein Hehl und jeder Einzelne weiß es — noch immer einen verhältnismäßig schwachen Truppentörper. Deshalb ist ja auch unsere unablässige Arbeit in erster Linie heute noch ein Anmuster neuer Rekruten und weiter die Ausbildung derselben zu klardenkenden und freudigen Mitarbeitern. Unsere agitatorischen Aufgaben werden erst dann geringere werden, wenn mit vollendeter Jugendreise der Berufsnachwuchs ohne weiteres freiwillig zu unserer Verbandsfahne eilt — ein Ziel, dem einige andere Organisationen heute schon nahestehen —, dann erst werden auch wir alle Mittel und Kräfte in weit höherem Maße als heute auf den direkten Kampf richten können. Sind wir uns also unserer Stellung im allgemeinen Arbeiterheere hinsichtlich der Mitgliederzahl bewußt, so hat es doch für jeden aktiv kämpfenden großes Interesse, auch im einzelnen — besonders in bezug auf unsere finanziellen Leistungen — zu wissen, welche Stellung wir im Vergleich zu anderen Organisationen einnehmen. Denn gerade die Bedeutung der Finanzwirtschaft im gewerkschaftlichen Kampfe ist der Arbeiterschaft sehr schnell von ihren Gegnern eingebläut worden, und müssen wir deshalb nach allen Seiten prüfen, ob wir „auf der Höhe“ sind. Auf unserem Vormarsch sind ja unumkehrbar Vorpostengefächte zu liefern, welche uns derartig in Anspruch nehmen, daß wir selten Zeit finden, gründliche Umschau zu halten. Und so begnügen sich die Meisten damit, alljährlich einmal die Hauptabrechnung anzusehen, und sind zufrieden, wenn wieder im allgemeinen aus dieser ein Fortschritt zu erkennen ist. Ist es jedoch nicht wertvoll, zu wissen, ob die Organisation auch in jeder Beziehung im gleichen Maße

wie andere alles getan hat, was der Vormarsch fördert oder zur Erhaltung der Kampffähigkeit der Truppen notwendig ist?

Stellen wir also einmal Vergleiche mit den anderen Verbänden an — prüfen wir, ob wir mit den anderen Organisationen gleichen Schritt halten. Die allgemeine Gewerkschaftsstatistik, wie sie jedes Jahr von der Generalkommission veröffentlicht wird, gibt uns dazu das einwandfreie Material. Sie stellt uns sowohl die absoluten Ziffern über die innere Klassengebarung aller Gewerkschaften Deutschlands, welche ihr angeschlossen sind, wie auch die besonders wertvolle Berechnung der Einnahmen und Ausgaben auf den Kopf des einzelnen Mitgliedes jeder Organisation zur Verfügung und wir können demnach nach beiden Richtungen unsere Vergleiche anstellen!

Wir finden uns zunächst in diesen Statistiken in bezug auf unseren Mitgliederstand (im Jahresdurchschnitt) an 25. Stelle, d. h. 24 Gewerkschaften unter der obengenannten haben im Jahre 1906 durchschnittlich mehr als 12570 Mitglieder in ihren Reihen gehabt. Wir bildeten demnach in bezug auf Mannschaffstärke gewissermaßen die 25. Sektion und wollen sehen, ob wir auch sonst in anderer Beziehung diesen Platz behaupten. Das folgende Schema gibt uns darüber Aufschluß.

Unter den 66 Gewerkschaften standen wir:

Nr.	Betreffs	Heber- haupt an Stelle	Pro Kopf berechnet an Stelle
1	Mitgliederzahl	25	—
2	Prozentualer Zunahme	28	—
3	Jahreseinnahme	25	37
4	Jahresausgabe	26	37
5	Vermögensbestand insgesamt	29	41
6	in der Hauptkasse	20	—
7	Ausgaben für das Verbandsorgan	19	11
8	Agitation	16	10
9	Verwaltung insgesamt	17	5
10	Konferenzen und General- versammlungen	32	38
11	Ausgaben für die Bibliothek	27	7
12	Projektkosten	6	9
13	Sonstige Ausgaben	51	55
14	Beitrag an die Generalkommission	26	43
15	Beiträge an Kartelle und Sekretariate	11	12
16	Streichunterstützung für Mitglieder	41	51
17	andere Organi- sationen	13	19
18	Ausgaben für Rechtsschutz	24	27
19	Gemäßregelunterstützung	29	26
20	Reiseunterstützung	24	27
21	Arbeitslosenunterstützung	11	17
22	Krankenunterstützung	32	37
23	Umsatzkosten und Sterbe- unterstützung	40	47
24	Ausgaben für Stellenvermittlung	3	8

Betrachten wir also die einzelnen Posten noch etwas! Die Einnahmen und Ausgaben, die bei der Totalberechnung in entsprechender Weise den 25. und 26. Platz behaupten, finden wir bei der Berechnung pro Kopf erst an 37. Stelle, ein Beweis, daß die Mitglieder einiger anderer Organisationen sich an viel höhere Opfer gewöhnt haben müssen. Auch der Bestand des gesamten Vermögens steht nicht auf dem Platze, den er schon allein nach unserem Mitgliederstand einnehmen könnte.

Im Jahre 1906 hat sich ja das Vermögen des einzelnen um bald M. 2 erhöht und auch die Gesamtsumme ist erfreulicherweise beträchtlich gestiegen; aber noch müssen wir unablässig trachten, den Klassenbestand mindestens auf die entsprechende Durchschnittshöhe zu bringen. Die Schwierigkeit

unserer Arbeit, die unendlichen Mühen unserer Kleinagitation und der Umstand, daß wir trotzdem das Unterstützungswesen in reichlichster Weise ausbauen und große Summen dafür verwenden mußten, erklären ohne weiteres, daß bisher größere Fortschritte in dieser Beziehung gar nicht gemacht werden konnten. Die einzelnen Posten zeigen dies deutlich. Wir finden bei dem Vergleich, daß die Ausgaben für Erweiterung und Festigung des Verbandes und für Ausbreitung unserer Prinzipien — also die Gesamtgebiete der Verwaltung und der Agitation — ein ganz bedeutendes Stück vor der Nummer 25 rangieren! Die Positionen Verbandsorgan, Agitation, Gesamtverwaltung, sowie Projektkosten, Beiträge für Kartelle und Sekretariate zeigen dies deutlich. Freilich müssen wir hervorheben, daß in dem Berichtsjahre gerade die Verwaltung und die Bibliothek deshalb eine wesentliche Belastung erfuhr, weil für unser Hauptbureau eine Ueberstempelung und damit eine völlige Neuerrichtung sich notwendig machte. Aber immerhin bürdet uns unsere Kleinarbeit noch verhältnismäßig schwere Lasten auf. Die Posten für Rechtsschutz, Gemäßregel- und Reiseunterstützung haben ihre Durchschnittsposition leidlich gewahrt. Aber betrachten wir den Hauptzweig, die Arbeitslosenunterstützung, so wird immer erklärlicher, daß wir den Vermögensstand noch nicht erreicht haben, den wir wünschen. Die Kranken-, Umzugs- und Sterbeunterstützung ist ja hinter dem Durchschnitt zurückgeblieben; dafür hat aber der letzte Verbandstag schon eine Verbesserung dieser Zweige vorgenommen und werden nach Schluß des laufenden Jahres diese Sätze wohl andere Ziffern aufweisen. Dasselbe dürfte für die Streikunterstützung zutreffen, mit welcher wir 1906 nicht besonders hoch belastet gewesen sind.

Bemerkenswert ist noch, daß uns der Kampf gegen den Stellenwucher in Gestalt von Unterhaltungskosten für Arbeitsnachweise verhältnismäßig große Opfer auferlegte (siehe Position 24) und daß wir bezüglich Unterstützung fremder Gewerkschaften (Position 17) bewiesen haben, daß wir die allgemeine Solidarität sehr ausreichend zu pflegen wissen.

Im allgemeinen bestätigt das Gesamtbild aufs neue, daß wir uns der deutschen Gewerkschaftsbewegung in jeder Beziehung würdig erwiesen haben. Mit berechtigtem Stolz können wir durch die Zahlen beweisen, daß wir eine in agitatorischer Beziehung so schwer faßbare Gruppe, eine Arbeiterschaft, die in jahrhundertelanger Knechtschaft bis in die Jetztzeit hinein gehalten wurde, trotz alledem und alledem zu brauchbaren Kämpfern der allgemeinen Arbeiterbewegung gemacht haben. Und das sollte alle mit froher Kampfeszuversicht erfüllen. Wissen wir doch, daß wir im gleichen Schritt mit dem aufgewachten Proletariat von Erfolg zu Erfolg weiter und unserer völligen Befreiung entgegenmarschieren!

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1906.

I.
Die Zahl der örtlichen Gewerkschaftskartelle ist im Jahre 1906 wieder um ein beträchtliches gestiegen. Zu den Ende 1905 bestehenden 480 Gewerkschaftskartellen sind 73 neu gegründete hinzugekommen, so daß Ende des Jahres 1906 in 553 Orten Gewerkschaftskartelle vorhanden waren. Die Gründung von Kartellen erfolgte im letzten Jahre ausschließlich in kleineren Orten, und zum Teil in solchen Orten, in denen früher schon einmal ein Zusammenschluß der Gewerkschaften stattgefunden hatte, der aber wegen Interesselosigkeit, teils auch infolge Maßregelung wieder in die Brüche gegangen war.

Die Statistik umfasst auch für 1906 nicht sämtliche Kartelle, erstreckt sich vielmehr nur auf 526 = 95,1 pSt. der bestehenden Kartelle. Es fehlen in derselben 27 Kartelle, was besonders deshalb zu bedauern ist, als unter den fehlenden Kartellen sich verschiedene größere befinden, deren Fehlen in der Statistik geeignet ist, das Gesamtbild ungenügend zu beeinflussen.

Table with 11 columns: Jahr, Bericht ist von, Zahl der Mitglieder, Zahl der Kartelle, Zahl der Mitglieder, Zahl der Kartelle, Zahl der Mitglieder, Zahl der Kartelle, Zahl der Mitglieder, Zahl der Kartelle, Zahl der Mitglieder, Zahl der Kartelle. Rows for years 1901-1906.

Die Zahl der den Kartellen angeschlossenen Organisationen hat im Jahre 1906 um 18,8 pSt. und im Jahre 1905 um um 13,8 pSt. zugenommen, obgleich 1906 mehr Kartelle ins Leben gerufen worden sind als im Jahre 1905. Ein Beweis, dass nur in kleineren Orten mit wenig Organisationen Kartelle gegründet wurden.

Die Wahrnehmung, die wir im vorigen Jahre hinsichtlich des Fortschritts der Gewerkschaftsbewegung gemacht haben, finden wir auch in diesem Jahre wieder durch die Statistik bestätigt. Nämlich die Tatsache, dass der Mitgliederzuwachs in den letzten beiden Jahren in den Mittelstädten größer war als in den Großstädten.

Am Schlusse des Jahres 1906 waren in den Gewerkschaftskartellen 1.180.940 Mitglieder vereinigt, und am Schlusse des Jahres 1905 betrug die Gesamtzahl der in den Kartellen vereinigten Mitglieder 1.500.202. Die Zunahme beträgt somit 319.262 oder 21 pSt. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder ist nach der Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften von 1.429.008 am Schlusse des Jahres 1905 auf 1.799.298 am Schlusse des Jahres 1906 gestiegen. Daraus beträgt die Zunahme 370 pSt. Von der Gesamtzahl der in den Kartellen vereinigten Gewerkschaftsmitglieder, gegenüber 89 pSt. im Jahre 1905. Ist also der Prozentsatz der in den Kartellen vorhandenen Gewerkschaftsmitglieder gegen das Vorjahr gestiegen, so zeigt folgende Gegenüberstellung der Zahlen doch, dass im allgemeinen das Verhältnis der Gewerkschaften größer ist als jezt in den Großstädten.

Table with 6 columns: Jahr, Mitglieder im Jahre, Mitglieder im Vorjahr, Mitglieder im Jahre, Mitglieder im Vorjahr, Mitglieder im Jahre, Mitglieder im Vorjahr. Rows for years 1904, 1905, 1906.

den Kartellen vereinigt. 1906 waren von 1.180.940 Gewerkschaftsmitgliedern 81,8 pSt. den Gewerkschaftskartellen angeschlossenen. Von den 85 Zentralvereinen, welche den Gewerkschaftskartellen angeschlossenen sind befinden sich allein 16 mit 2815 Mitgliedern in Ostpreußen. Die übrigen 19 Vereine verteilten sich auf weitere 19 Distrikte. Zwei dieser Zentralvereine — einer in Berlin und einer in Ostpreußen — sind solche, für deren Verein eine Zentralorganisation nicht besteht.

Seit dem Jahre 1901 sind in mehr als 900 Orten Kartelle gegründet worden, und die Zahl der den Kartellen angeschlossenen Gewerkschaften hat sich seitdem nahezu verdoppelt. Die Zahl der in den Kartellen vereinigten Gewerkschaftsmitglieder hat sich aber in demselben Zeitraum mehr als verdreifacht. Das die Kartellen sich immer mehr zu Interessenvertretungen der Zentralverbände entwickeln, haben wir des öfteren nachgewiesen, und die diesjährige Statistik beweist dies aufs neue.

Die Zahl der den Kartellen nicht angeschlossenen Zweigvereine der Zentralverbände ist immer noch ziemlich groß. Insgesamt stehen in 215 Orten 400 Zweigvereine den örtlichen Kartellen fern. Den Gewerkschaftskartellen nicht angeschlossenen waren:

Table with 6 columns: 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906. Rows for years with sub-headers for 'in Orten' and 'Mitglieder'.

Nach dem Verhalte der Buchdrucker stellen die Organisationen des Baugewerbes, Maurer, Zimmerer, Maler, Dachdecker, Sanftschaffarbeiter, sowie die der Maschinenisten, Metallarbeiter und Schneider die größte Zahl der den Kartellen angeschlossenen Gewerkschaften. Von 2578 in den Kartellen bestehenden Organisationen gehören 7278 = 94,8 pSt. den Gewerkschaftskartellen an. In dieser Hinsicht ist seit 1903 kaum eine Besserung eingetreten, denn es waren während der vier Jahre fast etwas mehr als 5 pSt. der in Kartellen bestehenden Organisationen den Kartellen nicht angeschlossen.

Einrichtungen und Tätigkeit der Kartelle. Neben der Agitations- und Organisationsstätigkeit der Kartelle benützen diese ihre Aufmerksamkeit ganz besonders auch auf die Bildungsbestrebungen der Arbeiter, sowie auf das Gebot des Rechtsschutzes und der Ausnahmestellung.

Es unterhalten 800 der an der Statistik beteiligten Kartelle eine gemeinsame Bibliothek und 47 Kartelle unterhalten außerdem auch eine Bibliothek. Für das Jahr 1905 bezugsweise die Statistik 252 gemeinsame Bibliotheken und 89 Lesezimmer. Es ist erfreulich, dass die Kartelle eine ihrer Aufgaben mehr und mehr in der Befriedigung des Bildungsbedürfnisses der Arbeiter erkennen und dieser Erkenntnis auch dadurch Ausdruck verleihen, dass sie neben den eigenen Unternehmungen, wie Bibliotheken, Veranstaltungen wissenschaftlicher Vorträge usw., auch die von bürgerlicher Seite veranstalteten, der Volksbildung und Unterhaltung gewidmeten Unternehmungen unterstützen, soweit diese letzteren den Prinzipien der Klassenbewegung nicht zuwiderlaufen. Diese Unterstützung ist um so mehr zu begrüßen, als gerade auf diesem Gebiete die einzelnen Organisationen, insbesondere in kleinen Städten, wegen der geringen Mitgliederzahl nur unbedeutendes und zum Teil überhaupt nichts zu leisten vermögen, während durch die Zusammenfassung der Kräfte, wie dies in den Gewerkschaftskartellen der Fall ist, sich auch in kleinen Orten recht ansehnliche Erfolge erzielen lassen.

Die Zahl der von den Kartellen unterhaltenen Arbeitersekretariate ist von 81 im Jahre 1904 und 68 im Jahre 1905 auf 87 im Jahre 1906 gestiegen. Aufgestellt wurden im Jahre 1906 von den Kartellen 116 unterhalten, so dass insgesamt 188 Kartelle Einrichtungen für Ausnahmestellung und Rechtshilfe getroffen haben. In welcher Weise die von den Kartellen zu erledigenden Arbeiten am Anfang aufgenommen haben, geht daraus hervor, dass 14 Kartelle gegen 8 in 1905 und 5 in 1904 ein eigenes Bureau mit besoldeten Beamten unterhalten. Die Gesamtzahl der von den Kartellen angestellten, in den Arbeitersekretariaten und Gewerkschaftsbureaus tätigen Beamten betrug 1904 43, 1905 84 und 1906 110.

Gewerkschafts- oder Volkshäuser, die von den Kartellen selbständig oder mit deren Hilfe und Unterstützung erhalten werden, sind in folgenden Städten vorhanden: Berlin, Braunschw. Bredlau, Cassel, Celle, Charlottenburg, Cöln a. Rh., Dresden, Düsseldorf, Eberfeld, Eriurt, Feuerbach, Frankfurt a. M., Frankfurt a. d. O., Garmisch, Genua, Heidelberg, Kattowitz, Kiel, Leipzig, Liegnitz, Mannheim, Mühlhausen i. Th., Mülheim a. Rh., Offenbach a. M., Pflaumen i. B., Pömmel, Sellingen, Straßburg, Stettin, Stuttgart, Trier, Wernigerode, Wilhelmshafen, Worms und Zittau. Es sind dies 86 Städte, welche über ein eigenes Heim verfügen. 1906 konnten nur 26 Kartelle über die Existenz eines solchen Unternehmens berichten. Es handelt sich hierbei durchweg um genossenschaftliche und gesellschaftliche Unternehmungen mit besonderer Verwaltung, über deren Einrichtungen und Vermögenssituation die Jahres- und Jahresberichte der Verwaltungen Aufschluss geben. Mit den Gewerkschafts- und Volkshäusern sind häufig auch Vereinsmüllereien verbunden. Infolge der Saalabtreiber seitens gegnerischer Organisationen sowie der Beeinflussung der Sozialisten seitens des Reichsverbandes, der Polizei- und Militärbehörden sind die Gewerkschaftskartelle sehr vieler Orte genötigt, besondere Anstalten für Versammlungsräume zu machen. Für 1906 herrschten 107 Kartelle, einschließlich derjenigen mit Gewerkschaftshäusern, über die Unterhaltung von Versammlungsräumen.

Zentralherbergen werden von 36 Kartellen unterhalten und eine unter Kontrolle des Gewerkschaftskartells oder einer von Kartell gewählten Herbergskommission stehende Herberge bei in 386 Kartellenorten vorhanden.

Bezüglich der von den Kartellen unterhaltenen Agitations- und Disziplinarkommissionen liegen für die letzten drei Jahre folgende Angaben vor. Von den Kartellen wurden unterhalten:

Die Volksverbesserer.* Von Ludwig Thoma.

Was ich lieb und sprach in der letzten Zeit vieles über unseren Reichthum. Die Frage, ob von unregelmäßiger Beschaffenheit bei eigenem Unternehmungsgeist überhaupt gesprochen werden könne, wurde von einem hohen Ministerium dahin beantwortet, daß dies jedenfalls nicht geschehen dürfte. Diese Behauptung des kaiserlichen Theaters ist ebenso erschütternd als unangenehm, und ich finde die hierzu niedergelagerte Ansicht um so crännelicher, als sie sich vollständig mit der Wirklichkeit deckt.

Ich habe viele meiner Richter bewundert, weil sie über alle Dinge mit der gleichen Sachkenntnis urtheilen und nicht selten gerade das finden, an was niemand dachte. Dabei geht unmerklich ein großer Zug durch meine Rechtsprechung; man hat nämlich die Absicht, die niederen Volksklassen zu bessern und was zu belehren.

Wenn dies durch Anwendung väterlicher Strenge irgend möglich zu geschehen es sehr zu wünschen ist, aber es fehlt auch nicht an Schwierigkeiten der gütlichen Heberhebung. Ich habe schon manche jungen Anwärter beobachtet, wie er im Schwerte eines Angewandten sich abmühen, um einen beruflichen Arbeiter her zu machen, daß die sozialen Verhältnisse durchaus nicht so günstig seien, wie dieser sie lassen möchte. Er geht gern herum und erzählt die Schuld und Einsicht der jugendlichen Richter, als bei Seite des Richters Johann Pleischacher vorhanden war.

jugendliche Gesicht des Vorliegenden bekam ein finsternes Aussehen und die Stimme lang mehrere Thänen schärfer, als er Johann Pleischacher ins Geheir nahm. Es entwickelte sich das satirisch bekannte Frage- und Antwortspiel.

Im Verlaufe desselben zeigte es sich deutlich, daß die Verführung des Münchener Fassadenmachers nicht bloß auf leibliche Erregung, sondern auf die ganze Charakterbildung desselben zurückzuführen war. Er glaubte hartnäckig, daß er im Rechte war; er sprach davon, daß er die ganze Woche arbeite, am Feiertage seine Ruhe haben möchte; er stellte die Ansicht auf, daß die Beamten wegen die Zeit und nicht die Zeit wegen die Beamten da seien; er versuchte nachzuweisen, daß er sich nicht zu gefallen zu gelassen brauche, kurz, er brachte lauter Dinge vor, welche in das Politische hinhüben spielten. Dabei war er auch in der Form durchaus nicht schlecht. Seine Stimme, welche durch hartes Schmalzlerkauen eine unangenehme Klangfarbe angenommen hatte, war roh und verlegend; überdies schien Pleischacher zu glauben, daß seine Gründe besser würden, wenn er sie mehrmals und immer lauter vorbrachte.

Die Debatte wurde ziemlich erregt, und als der Vorliegende in berechtigter Entschützung dem Angeklagten vorhielt, daß es ja nur sein Verstand wäre, wenn der Staat für die alten Tage der Arbeiter sorgte, da erklärte Pleischacher feierlich, daß er auf die Altersrente steife, und daß er sie jedem im Frühsommer überlasse, der sie wolle. Ich fandete bereits, daß diese Kühnheit üble Folgen haben werde, allein zu meinem Erstaunen blieb der Vorliegende ruhig.

Er nickte nur lächelnd mit dem Kopfe, wie jemand, der etwas lange Gefürchtetes beharrlich sieht. Dann warf er einen verständnisvollen Blick zum Amtsanwalt hinüber, der mit wilder Energie den Schmutzhaat drehte. Pleischacher, sagte der Vorliegende mit weicher Stimme, Pleischacher, geht Sie nach Sozialdemokrat? Das glaub ich, erwiderte dieser, seit's so Partei haben, bin i' dabei. Ich se! Jezt wird mir vieles klar. Der junge Amtsanwalt sah bei diesen Worten so nett und so intelligent aus, daß ich ihn wirklich lieb gewann. Ich dachte, daß er seinen Groll gegen den Angeklagten legte, und daß ihn nur tiefes Mitleid mit dem Unglücklichen erfaßt hatte. Er schloß sich mehrmals, wie jemand, der eine längere Rede vor hat, und dann fragte er gütig: Plei-

schacher, sehen Sie nicht ein, wie weise dieses Gezej ist, welches Ihnen ein glückliches Alter verbürgt?

Na! Das sieht i' net. Na, aber Pleischacher, passen Sie mal auf, nehmen wir mal an, Sie werden alt, müde, gebrechlich, Sie werden siebzig Jahre alt. Das glaub ich net. Was glauben Sie nicht? Daß i' siewazig Jahre alt wer, glaub ich net. Ja, warum? Gehört das zu den Unmöglichkeiten? I' glaub's halt net. Sa, Sie glauben es einfach nicht? Gut! Gut! Aber Pleischacher, selbst angenommen, Sie würden dieses Alter nicht erreichen, dann werden doch andere, Ihre Mitarbeiter diese Wohlthat genießen. Was brauch denn i' für andere zahl'n? Das gibt's gar net! Das ist es eben! fiel hier der Amtsdichter eifrig ein. das ist es eben! Sehen Sie, Pleischacher! Da fehlt Ihnen die Einsicht, der Sinn für die Allgemeinheit, für das Ganze, für den Staat. Pleischacher nahm eine weiße Schmalzler und sah ironisch auf seinen Lehrer, der mit erhobener Stimme fortfuhr: Der Staat ist eben, ja, wie soll ich mich Ihnen verständig machen, der Staat ist wie eine Dienentkolonie, wie ein Dienentlohn, in Zellen eingeteilt; jede Biene hat ihre Zelle für sich, ihre Funktionen für sich, aber alle greifen zusammen. Versuchen Sie nicht? Na, und glauben tua i's aa net? Was glauben Sie nicht? Daß der Staat wie ein Dienentlohn is, glaub ich net. Herr Amtsdichter. Bei die Biene wer'n d's, wo nit arden, umbracht, bei uns aba ham'm f' das schönste Leben. So is grad umkehrt. Das Gesicht des Vorliegenden hatte sich bei diesen Worten verfinstert, jede Milde war aus demselben verschwunden. Er sah, daß mit Vernunftgründen eine Besserung nicht zu erreichen war, und beschloß wohl, die ganze Strenge des Gezejes anzuwenden. In der Tat wurde Pleischacher mit der höchsten Strafe bedacht. Ich fand es durchaus richtig. Der Mann hatte die Möglichkeit, von seinen Irrthümern geheilt zu werden, ich würde versetzt. Da ist Milde von Hebel.

* Aus „Die Richter“ und andere Geschichten“ von Ludwig Thoma. Verlag von Neumann, Neudamm 1905.

	Im Jahre		
	1904	1905	1906
Beschwerbekommissionen für Gewerbeinspektionsfachen	184	149	122
Kommissionen bezüglich Kost- und Logiswesen	-	129	108
Bauarbeiterkommissionen	151	195	197
Arbeiterinnen-Agitationskommissionen	12	21	21
Weibliche Vertrauenspersonen	29	41	39

Diese Zahlen machen nicht den Eindruck besonderer Zuverlässigkeit, denn es ist nicht wahrscheinlich, daß solche Einrichtungen, deren Wirken erst nach längerer Zeitdauer fruchtbringend sein kann, nach Jahresfrist wieder aufgehoben werden.

Wenn die 91 Arbeiterinnen-Agitationskommissionen für 1906 und 1906 in denselben Orten vorhanden wären, so dürfte man die Angabe als richtig betrachten. Da aber 16 der Kartelle, die 1906 eine solche Kommission bezichtigten, 1906 diese Frage verneinen, während 15 andere Orte über die Existenz solcher Kommissionen berichten, so erscheinen diese Angaben unzutreffend.

Statistische Erhebungen wurden von den Kartellen im Jahre 1906 weniger veranstaltet als 1905. Die Gesamtzahl der Erhebungen betrug im letzten Jahre 101 und im Jahre vorher 134. Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse veranstalteten 1906 14 Kartelle, Arbeitslosen-Zählungen nahmen 7 Kartelle vor und von 80 Kartellen wurden Erhebungen verschiedener Art veranstaltet.

Verfammlungen wurden insgesamt 3804 im Jahre 1906 einberufen, davon 2268 allgemeine und 1541 berufliche.

Die größte Zahl der Versammlungen bezeichnet Straßburg i. E., nämlich 4 allgemeine und 180 berufliche. Frankfurt a. M. bezeichnet 68 allgemeine und 44 berufliche Versammlungen. 75 Kartelle haben keine Versammlungen einberufen. In verschiedenen der in Betracht kommenden Orte mag wohl Sozialmangel die Ursache gewesen sein, daß keine Versammlungen abgehalten werden konnten.

Gewerkschaftsfeinde.

Eine freche Unverschämtheit gegen die Arbeiter leistet sich die „Arbeitgeberzeitung“ vom 3. Oktober — daselbe Scharfmacherorgan, dessen Inspiratoren nicht auf den Hinter-, sondern auf den Bordertreppen unserer Ministerien auf- und abtragen. Das Blatt zur ständigen Verunglimpfung der Arbeiterbewegung schreibt:

Zur Nachahmung empfohlen! Drahtliche Maßnahmen bringt Mexiko jetzt gegen Streikführer in Anwendung. Wie aus der Stadt Mexiko berichtet wird, hat die mexikanische Regierung infolge der zahlreichen Unfälle von Fabrikarbeitern und Eisenbahnbediensteten im Gebiete der Republik beschloffen, gegen Arbeiterführer und Agitatoren, die aus geringfügigen Anlässen Unfälle verursachen, energisch vorzugehen. Falls nach einer Untersuchung die Behörden zu der Ueberzeugung gelangen, daß eine Streikföhrer nur zum Vorwand diene, um über die Arbeitgeber ein Uebergewicht zu erlangen, werden die Ausschüssigen und ihre Führer auf die Insel Las Tres Marias im Pazifikozean, 100 Meilen von der Küste, verbannt werden. Diese Insel wird jetzt als Strafkolonie für gefährliche Verbrecher benützt.

Nur schade, daß die Arbeiter durch ihre Organisationen den freundlichen Herren einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Die deutschen Verbände haben durch strenge Schulung es verstanden, sich schon eine schwere Menge „Streikführer“ zu züchten, so daß es etwas schwer fallen dürfte, so viele zu deportieren, daß die brutale Ausbeuterflippe die gewünschte Ruhe erhält.

Ihr Haß hat ja seine guten Gründe. Während man hoffte, sich einer Zeitung der Gewerkschaften gegen die politische Arbeiterbewegung bedienen zu können — man suchte künstliche Gegensätze zwischen beide hineinzufragen, um dadurch die Arbeiterbewegung im allgemeinen auseinander zu treiben — sieht man heute mit wachsendem Entsetzen, daß bei aller Selbstständigkeit der proletarischen Kampfgruppen dennoch nie die innere Zügelung verloren geht. Und so zeigte man wieder sein wahres Gesicht. Das Gewerkschaftsbebelgesetz war ein Ausfluß dieses mißtenden Hasses gegen die Gewerkschaftsbewegung. Die Gründung von christlichen Gewerkschaftsorganisationen genügt nicht mehr, man protegierte und organisierte „gelbe“ Gründungen. Selbst die „demokratische“ „Frankfurter Zeitung“ wehlagte ja kürzlich darüber, daß die Sozialdemokratie allzusehr den Gewerkschaften und ihrer inneren Rechnung trage und dadurch mehr und mehr eine bloße Arbeiterpartei werde.

Einem klaren Einblick in die Denkweise der eigentlich maßgebenden Kreise der Bourgeoisie gewährt folgender Auszug der „Samb. Nachr.“:

Man hat von der Gewerkschaftsbewegung den großen Umschwung in den Arbeitermassen erwartet. Der Blick der letzteren sollte dadurch von phantastischen Zukunftsbildern abgelenkt, ausschließlich auf die Gegenwartsmöglichkeiten gerichtet und so die Zufriedenheit mit einer allmählich fortschreitenden Reform der auf dem Boden der alten Gesellschaftsordnung erwachsenen Verhältnisse hergestellt werden. Heute weiß man, daß zum mindesten in der weit überwiegenden Mehrheit der bestehenden Gewerkschaften, nämlich in den sozialdemokratischen, die Entwicklung die gerade entgegengesetzte gewesen ist. Die Arbeiter haben die ihnen durch die sogenannte Sozialreform dargebotenen Wohltaten hingenommen, nicht, um sich damit zufrieden zu geben, sondern um den Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse mit um so besser gestärkter Kraft fortzuführen. Nicht nur die lediglich zum Zweck der Nachprobe unternommenen Streiks sind formwährend in der Zunahme, auch der Terrorismus der Gewerkschaften gegen Arbeiter und Arbeitgeber wächst ins Ungeheuerliche. Es ist der gewalttätig-revolutionäre Charakter der Sozialdemokratie ins Praktische überführt. Auch der dem Geschäftsleben fernstehende Beobachter muß, wenn er die Augen nicht absichtlich verschließt, erkennen, daß hier eine ungeheuerliche Gefahr für unser wirtschaftliches, unser soziales, unser politisches Leben heraufzieht, eine Gefahr, die nach statistischem Ausweis in rapidem Wachstum begriffen ist.

In der Tat: eine ungeheuerliche Gefahr für die schrankenlose Profit- und Ausbeutungsgier der Großindustriellen, die zwei Millionen Gewerkschaftler? Statt sich mit den „Wohltaten“ der kümmerlichen Sozialreform zufrieden zu geben, sind die Gewerkschaften bemüht, die allgemeinen Preissteigerungen,

die durch Zollwucher und die Proggier des Unternehmertums hervorgerufen worden sind und die die errungenen Lohn-erhöhungen wieder illusorisch zu machen drohen, durch neue Lohnaufbesserungen zu kompensieren.

Wenn die Arbeiter vom solgal anwachsenden National-reichthum wenigstens etwas für sich in Anspruch nehmen wollen, so ist das für die Schlotbarone nicht anderes als eine Uebertragung des „gewalttätig-revolutionären Charakters der Sozialdemokratie“ ins „Praktische“!

Man steht die Besessenen ihren den Klassenkampf mit aller Unerbittlichkeit: Mögen sich die Proletarier ein Beispiel an den Herrschenden nehmen!

Lohnbewegungen und Streiks.

Die Arbeiterschaft der Firma Klein, Berlin-Schöneberg, Eisenachstr. 50, ist am Sonnabend, den 26. Oktober, in den Streik getreten! Wir berichteten schon in letzter Nummer, daß die dortigen Kollegen vor allen Dingen das bei der Firma teilweise noch bestehende Kost- und Logiswesen beseitigt sehen möchte, und es ist unerhört, daß einer solchen Forderung halber noch in einer Fabrik in den Streik getreten werden muß. Hallet jeden Zugzug fern! Wir erziehen überhaupt alle Kollegen, welche beabsichtigen, in Berlin in Stellung zu gehen, vor Abschluß eines Engagements unbedingt in unser Verbandsbureau, Berlin, Auguststr. 36, Erkundigung einzuziehen.

Aus der Konditor-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Einem netten Einblick. Was die „Trierer Konditorzeitung“ unter Vertretung der Gehilfeninteressen versteht — sie macht bekanntlich ständig der Kollegschaft weiß, daß sie für das Wohl derselben lebe und sterbe — erfährt man aus einer „Brieftafelanwort“ die sie einem Antrager erteilt. Diese Antwort lautet:

M. H. Kost und Logis. Sie dürfen Ihre Ansprüche nicht zu hoch spannen. Der Meister bietet, was ortsüblich ist. Es wird in Deutschland sehr verschieden gelocht, gut und schlecht; es kommt eben auf den Geschmack an, und darüber ist nicht zu streiten. Was dieser eine Delikatesse ist, das efelt jenen an. Wir haben auch schon in manchen Broden gebissen, ohne zu wissen, woher der Fahrt und welcher Art, aber wir haben oft erfahren, daß Hunger der beste Koch ist. Wenn Sie ein gutes Bett und ein kleineres heizbares Zimmer für sich allein haben, können Sie mit Ihrem Logis wohl zufrieden sein. Meister mit größerer Familie sind oft im Raume mehr beschränkt als Gehilfen.

Eine derartige Antwort kann man auch nur Konditor-gehilfen gegenüber wagen, und nur, wenn man weiß, daß man in der Meisterschaft vor allem einen starken Rückenhalt hat und sich diesen Rückenhalt wahren will. Die Kollegen sollten aber aus solchen unterworfenen Zumutungen, wie sie in der Antwort enthalten sind, erkennen, welchen Krebsknoten in unserem Bewußt diese Sorte Blätter noch darstellen und alles tun, daß derartigen Sumpfpflanzen die Nahrung entzogen wird. Sie werden, erst verkümmern, wenn eine geschlossene starke Organisation nicht nur die Arbeitsverhältnisse, sondern auch die Arbeitsnachweisfrage geregelt hat.

Aus der Großindustrie.

„Es müßt ja doch nichts!“ Dieser Ausdruck hoffnungsloser, armer und ausgegeregelter Proletarier hört man oft, und doch gibt es nichts, was so wenig Berechtigung hätte, als dieses Bergweisungswort. Bis vor kurzer Zeit war man in der Halleischen Honigtuchen- und Zuckerwarenindustrie der Meinung, daß eine Besserung der traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse hier am Orte niemals herbeigeführt werden könnte. Die Zeit hat uns eines anderen belehrt. In einer Fabrik, David & Söhne, wo das Maß der Unzufriedenheit zum Ueberlaufen voll war, haben einige Vorkommnisse das Blut der dort Beschäftigten endlich in Wallung gebracht, und gleich zeigte sich der Erfolg. Ein einziges, die Verhältnisse scharf kritisierendes Flugblatt mit darauf folgender gut besuchter Versammlung hat genügt, den Grundlohn der Mädchen von meistens 12 M auf 13 M pro Stunde zu erhöhen. Ferner erhielt ein großer Teil der Beschäftigten Lohnaufbesserungen von 1—3 M pro Stunde, was für die einzelne Person 60 M bis M. 180 pro Woche beträgt. Dieser Erfolg ist das Resultat der einen Versammlung, und daß müßte jedem hier Arbeitenden genügend Aufklärung und Aufmunterung sein. Ferner wurde öffentlich an einem speziellen Fall gebrandmarkt, wie diese Firma die Ausbeutung der Arbeiter betreibt, und dann, wenn der Arbeiter im Betriebe verunglückt ist, dieser zum Dank auf Strohhalmplaster geworfen wird. Die Firma sah sich durch diese Kennzeichnung veranlaßt, den entlassenen Arbeiter aus seiner Wohnung kommen zu lassen und gab ihm M. 25. Allerdings soll das Ersuchen an ihn gestellt worden sein, doch über diese Angelegenheit zu schweigen. Kollegen und Kolleginnen! Diese Vorkommnisse beweisen aber auch, daß die Unternehmer erst dann anfangen, sich um „ihre“ Arbeiter zu kümmern, wenn dieselben ernstlich zeigen, daß sie den profitgierigen Dividendschindlern ein: „Bis hierher und nicht weiter!“ zurufen gewillt sind. Und das muß noch deutlicher geschehen als bisher. Ueberlegt nur, wie jetzt in der Saison Mädchen von 16 Jahren 13 lange Stunden in das Joß der Arbeit gespannt werden, und zwar für einen Hundelohn! Ferner dieses elende Auspasser- und Antreiberystem von Personen, denen ihre Mitmenschen noch nicht genug ausgebeutet werden. Daß dann die Empörung sich zeitweilig ganz energigisch Luft macht, ist nur zu erklärlich. Dies hatte hier auch am Orte einer jener Laßaien zu spüren, der vor kurzem von einer Schaar Arbeiterinnen nach Schluß der Arbeit ganz anständig durchgeprügelt wurde, weil er eine derselben wegen geringfügigkeiten wieder einmal denunziert hatte. Kann man auch ein solches Vorgehen nur verurteilen, so zeigt es doch, wie erbittert die Arbeiterinnen werden sein müssen. Wie mögen sie wohl schikaniert worden sein, ehe sie zur Selbsthülfe griffen! Charakteristisch ist es ja, daß der Gezückte in den öffentlichen Versammlungen als Auspasser fungierte, um anderen Tags der Betriebsleitung eine genaue Liste der Versammlungsbesucher einreichen zu können. Kollegen und Kolleginnen! Wir wissen, mit was für schwierigen Verhältnissen wir hier zu kämpfen haben. Die Erfahrungen des letzten Brieftafeljahres haben uns aber gelehrt, wo die Hebel anzusetzen

sind. Wir haben den Bann gelöst, welcher auf der Kollegenschaft hier solange gelastet hat. Arbeite auf jeder mit uns, auch den letzten der noch Herrschenden für unsere gerechte Sache zu gewinnen. Die Agitation von Mund zu Mund, die Aufklärung des noch nicht organisierten Nebenarbeiters und der Arbeiterin muß h i e m a t i s c h betrieben werden. Keine gut besuchte Versammlung kann so erfolgreich wirken, wie die Aufklärungsarbeit jedes einzelnen bei seinen Mitarbeitern. Arbeiter! wir alle zusammen für ein gemeinsames Ziel mit der Devise: Vereint sind wir alles — vereinzelt nichts! Unsere Parole sei: Auf zur gemeinsamen Agitation zur Erlangung unserer Ziele! Und deshalb hinein in den Verband der Bäcker und Konditoren. Dieser erst wird mit den unglaublich traurigen Verhältnissen in den Halleiser Betrieben gründlich aufräumen können.

Bäcker-Mißstände.

Iblyische Zustände herrschen in einer B u d e n w a l d e r Bäckerei, deren Inhaber natürlich kein Freund von Organisierten ist und deshalb den Verkehr seines Gesellen mit einem „echten Verbandsbruder“ einfach verbietet. Er hat auch alle Ursache dazu, aus seinem Betriebe jeden fernzuhalten, der noch etwas an Sauberkeit gewöhnt ist. Werden doch dort Kinderwäsche, Bindeln usw. in den Backeimern gewaschen und dann die Eimer wieder zu Badzwecken benützt! Auch die Schlafstammer ist im traurigsten Zustande. Die guten Kleider des Gesellen hängen mit denen des Dienstmädchens zusammen; die andere Garderobe muß der Geselle auf den Schrank legen. Auch wozu die Kammer als Mehlboden benützt! Wirklich nette Zustände! Diese Sorte Meister fürchtet natürlich mit Recht, daß ihnen ein Verbandsbruder auf die Finger sieht.

Eine Musterbäckerei, wie sie nicht sein soll, ist in dem Dörflein Qualka bei Ströbel in Schlesien. Bis hierher ist die Kunde von Bäckerschulgesehen noch nicht gedrungen. Der liebe Meister, sonst ein großer Arbeiterfreund, läßt seine Gesellen alle Tage bis zu 16 Stunden, am Sonnabend auch sogar bis zu 26 Stunden schuften. Die B u n d e s r a t s v e r o r d n u n g hängt überhaupt im Betriebe nicht aus und scheint auch der Behörde hier unbekannt zu sein. So lange Arbeit erfordert Strafe und ist nicht schön. Deshalb herbor, Herr Landrat! Hier gilt es, den geselligen Bestimmungen zu der nötigen Achtung zu verhelfen.

Berichte aus den Mitgliedschaften.

Für unsere reisenden Kollegen!

Nach jahrelangen Bemühungen ist es den Nürnberg-er Gewerkschaften gelungen, eine Zentralherberge zu errichten. Das alte Patrizieranwesen „Zum historischen Hofe“ wurde gepachtet und zu einer Zentralherberge und gemeinsamem Verkehrslokal der Gewerkschaften umgewandelt. Es sind vorläufig 60 Betten eingerichtet, die Bettenzahl kann auf das Doppelte erhöht werden. Die 60 Betten sind in 24 Schlafzimmern und Einzelzimmern, die durchweg hell, luftig und geräumig sind, untergebracht. Der Preis für Ueberrachten ist auf 40 M festgesetzt, Wäber und Desinfektion der Kleider inbegriffen. Wenn sich die Anlage der Herberge mit einer neu errichteten auch nicht messen kann, so wurde doch versucht, ohne Rücksicht auf die sehr erheblichen Kosten die Anstalt aufs modernste einzurichten.

Altona. In der öffentlichen Versammlung bei Fels am 22. Oktober referierte Kollege Kahl über: „Wie stellen sich die Kollegen und Kolleginnen zu einer tariflichen Festlegung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen?“ und fand mit seinen Ausführungen bei der stark besuchten Versammlung reichen Beifall. Redner führte aus, daß die Verhältnisse in früherer Zeit, als die Kleinbetriebe noch vorherrschend waren, wesentlich anders lagen als heute zur Zeit der hochentwickelten Großbetriebe, und daß es jetzt dahin gekommen sei, daß ein großer Teil der Arbeiter (mit Ausnahme der Spezialarbeiter) aus diesen Betrieben gleichfalls verdrängt und durch die billige weibliche Arbeitskraft aus reiner Profitgier der Unternehmer ersetzt worden sei. Wenn die Männer und Familienväter so entlohnt würden wie es sein sollte, so würden deren Frauen und Töchter nicht nötig haben, als Lohnbrücker und billige Ausbeutungsobjekt dem Unternehmer zu dienen. Redner forderte deshalb, daß von den Männern mehr Aufklärungsarbeit unter den Frauen verrichtet werden müsse, damit auch diese sich der Lage bewußt werden und auch gegen ihre schwächliche Behandlung, z. B. gegen das System der Leibensvittation, sich energigisch wehren. Ist diese doch in einzelnen Fällen sogar durch Männer vorgenommen worden, so daß dadurch das Schamgefühl der Arbeiterin auf das größte verletzt werden muß. Weiter führte der Redner aus, daß die Unternehmer jetzt wieder den Beweis erbringen, daß sie bei schlechter Konjunktur oder Verteuerung des Rohmaterials auf diesen Schaden an die Arbeiterschaft abzuwälzen versuchen, indem sie durch Entlassungen oder Herabsetzungen der Lohn- und Akkordsätze ihren Gelddruck zu schätzen wissen, dagegen nie daran denken, bei guter Konjunktur den Arbeitern wieder zuzulegen. Dagegen hilft nur die gemeinsame Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen und führte als Beispiel hierzu die Verbände in anderen Gewerben an, die schon bedeutende Vorteile ihren Arbeitgebern abgerungen. Schon im Hinblick auf die mächtigen Verbände der Unternehmer müßten die gesamten Organisationen der Arbeiter immer schneller und kräftiger ausgebaut werden. In der Diskussion wurde noch darauf hingewiesen, daß außer dem Betriebe „Fortschritt“, Produktionsgenossenschaft für Konditor- und Zuckerwaren, sich kein Unternehmer mehr an unsere Tarife gebunden erachtet und schon deshalb es hohe Zeit sei, daß diese Frage von der Kollegenschaft wieder gründlich erörtert werde. Schuld an der mangelhaften Organisation der Frauen tragen besonders die gelehrten Konditoren.

Die Versammlung hatte gezeigt, daß auch die zahlreiche Arbeiterschaft der Zuckerwarenfabrik Altonas jetzt nach der Verschmelzung der Konditor- und Bäckerverbände ein lebhaftes Interesse an der Organisation zeigt und die Zeit nicht mehr fern ist, wo diese soweit gerückt sein wird, daß sie den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie wird aufnehmen können.

Berlin. Am 22. Oktober fand in Kellers Festsaal eine öffentliche Versammlung der Bäcker statt, in welcher Kollege Schneider über „Jnnungs-kommissionäre und der zukünftige Zentralarbeitsnachweis“ referierte. Redner geißelte in scharfen

zu organisieren, um sich durch Hilfe der Organisation den notwendigen Mithettag sowie eine kürzere Arbeitszeit zu erkämpfen. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Bergarbeiterstreik in der Niederlausitz dauert unverändert fort. Die Werksbesitzer gehen jetzt mit Räumungsklagen gegen die in den Fabrikwohnungen wohnenden Arbeiterfamilien vor. So entpuppten sich hier wiederum diese als "Wohlfahrts-Einrichtungen" für die Arbeiter gepriesenen Fabrikwohnungen als ein Mittel, die Arbeiterschaft von den Unternehmern noch abhängiger zu machen, als sie ohnehin schon sind.

Auf dem Wege zur Einheitsorganisation. Nachdem die lokalistischen Zimmerer schon vor einiger Zeit bekundet hatten, daß sie sich der Verschmelzungsidee mit dem Zentralverband nicht mehr abgeneigt zeigen, haben jetzt auch die lokalistischen Maurer sich mit der Einheitsorganisation für ihren Beruf beschäftigt und ihre bisher prinzipiell ablehnende Stellung aufgegeben. Die Verhandlungen werden hoffentlich zu einem beschließenden Ziele führen und der unheilvolle gewerkschaftliche Bruderkrieg endlich aus den Reihen der organisierten Arbeiter immer mehr und mehr verschwinden.

Der Verband der Friseurgehülfen zählte am Schlusse des zweiten Quartals 2288 Mitglieder, gegen 1867 am Schlusse des vergangenen Quartals.

Der Verband der Steinarbeiter zählte am Schlusse des zweiten Quartals in 310 Zahlstellen 19523 Mitglieder.

Der Verband der Photographen zählte am Schlusse des dritten Quartals 488 zahlende Mitglieder.

Der Schneiderverband zählte am Schlusse des zweiten Quartals 37418 Mitglieder, davon 3937 weibliche.

Zentralverein der Bildhauer. Nach der Bewegungstatistik betrug die Mitgliederzahl des Vereins am Schlusse des zweiten Quartals 4747, wovon 2911 Holzbildhauer. Für Arbeitslosenunterstützung am Ort wurden im Quartal M. 13480,50 verausgabt, für Streiks M. 32687,70.

Zu die Arbeiterschaft.

Unter Berücksichtigung der Verursachung und unter Einziehung interessierter Unternehmerkreise wurde herab und in Ausführung der Vorschriften der §§ 105 b Absatz 1 und 105 e der Gewerbeordnung am 1. März 1903 verordnet, daß die Beschäftigung von Arbeitern in photographischen Anstalten gestattet werden kann: 1. an den letzten vier Sonntagen vor Weihnachten zum Zweck der Aufnahme des Portraits, des Kopierens und Retouchierens für 10 Stunden bis spätestens 7 Uhr Abends; 2. an allen übrigen Sonn- und Festtagen zum Zweck der Aufnahme von Portraits im Sommerhalbjahr für 6 Stunden bis spätestens um 5 Uhr Nachmittags, im Winterhalbjahr für 5 Stunden bis spätestens um 3 Uhr Nachmittags. Die Ausnahme unter 2. findet keine Anwendung auf den ersten Weihnachtstag, Oster- und Pfingstfesttage. Bedingung: Wenn die Sonntagsarbeiten länger als drei Stunden dauern, so sind die Arbeiter entweder an jedem dritten Sonntag im Laufe des Jahres oder an jedem zweiten Sonntag mindestens in der Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends oder in jeder Woche während der zweiten Hälfte eines Arbeitstages, und zwar spätestens von 1 Uhr Nachmittags ab, von jeder Arbeit freizulassen. Wenn die Arbeiter durch die Sonntagsarbeiten am Besuch des Gottesdienstes behindert werden, so ist ihnen an jedem dritten Sonntag die zum Besuch des Gottesdienstes erforderliche Zeit freizugeben. Trotzdem diese Gesetzesvorschriften schon über zwölf Jahre in Kraft sind und trotzdem auf Veranlassung einiger lokaler Arbeitgeberorganisationen sogar weitergehende lokale Polizeiverordnungen erlassen wurden, zwingen die Arbeitgeber unsere Kollegen zum großen Teil zur längeren Sonntagsarbeit. Die Arbeitgeber weisen immer darauf hin, das Publikum komme immer so spät zum Photographen. In den seltensten Fällen können die Arbeiterinhaber die Aufnahme allein machen. (Das Gesetz erlaubt dem Inhaber, den ganzen Tag zu arbeiten.) Viele umgehen die Freizeit und Jnnehaltung der Sonntagsruhe nun dadurch, daß sie den Gehilfen auf Grund eines hundertsten Vertrages zum Teilhaber, aber ohne Anteil, machen. Bei der jetzt unglücklichen Konjunktur würden sich leider unorganisierte Gesetzesübertreter genug finden; deshalb bitten wir das Publikum, insbesondere aber die Arbeiterschaft, sich keinesfalls an Sonn- und Festtagen vor Vormittags 10 Uhr und nach 3 Uhr Nachmittags zum Photographen zu bemühen. Damit den Gesetzesübertretern vor und nach dieser Zeit nichts zu tun bleibt. Wir bitten aber auch die organisierten Arbeiter, uns noch fernstehende Photographengehilfen, mit denen sie irgendwie in Verbindung kommen, auf unsere Organisation hinzuweisen und eventuell derselben zuzuführen.

Deutscher Photographengehilfen-Verband, Berlin SO 16, Josephstr. 7, I. Et.

Genossenschaftliches.

Unseren Genossenschaftstaktik hat außer den in letzter Veröffentlichung bekannt gegebenen 78 Vereinen noch anerkannt: Konsum- und Produktivvereine in J l m e n a u i. E. b. Das sind nun insgesamt 79 tariffreie Vereine, welche 72 Bademeister und 986 Gesellen beschäftigen.

Erwiderung. Schon einmal ist der Unterzeichnete in der "Deutschen Bäder- und Konditoren-Zeitung", und zwar in Nr. 31, über seine auf dem Münchener Verbandstag gemachten Ausführungen hinsichtlich des neuen Bädertarifs provokiert worden, ohne darauf zu reagieren. In der neuesten Nummer dieser Zeitung, vom 19. Oktober, wird aber, aus Vörrach eingehend, ein solcher Unsinns verbreitet, daß Unterzeichneter nicht gewillt ist, denselben unerwidert passieren zu lassen. Weil die Verwaltung des Vörracher Arbeiterkonsumvereins den Bädertarif nicht einführen will, so muß nach jemandem

gesucht werden, den man als Strohbock für diese Unterlassung bezeichnen kann, und da ist es nun ebenso leicht wie bequem, wenn man einen solchen möglichst außerhalb der rotgelben Grenzpfähle findet.

Ich bewahre mich ganz entschieden dagegen, daß ich der Verwaltung des Vörracher Vereins den Rat erteilt haben soll, den neuen Bädertarif nicht einzuführen. Lediglich auf Ersuchen habe ich über die Verhandlungen bei Verbandstage in München und Düsseldorf einen gebräutigen Bericht gegeben und dabei auch die schwache Organisation der Bäder in Stuttgart erwähnt. Jedoch "vorgeschunkert", wie der geschmackvolle Ausdruck in dem Artikel lautet, habe ich der Vörracher Verwaltung nichts, sondern nur Tatsachen registriert. Ist es vielleicht unwahr, wenn nach einer veröffentlichten Statistik in Stuttgart von 660 beschäftigten Bädergehülften nur 66 (rund 10 Prozent) im Verbands der Bäder und Konditoren organisiert sind? Dem, die mit den Meistern in der Innung vereinigten Gehülften wird doch wohl der Einsender auch nicht zu den "Organisierten" rechnen. Weiter kann ich dem Herrn Einsender zur Verhütung mitteilen, daß von den 66 Organisierten der Konsumverein Stuttgart allein 48 beschäftigt und ferner die Einführung des neuen Bädertarifs hier bei uns unter wesentlicher Teilnahme des Unterzeichneten stattgefunden hat. Wir bezahlen unseren Bädereiarbeitern einen Minimallohn von M. 27,10 mit der Bestimmung, daß jedes Jahr eine Aufbesserung erfolgt bis zur Maximalgrenze von 33 M. pro Woche. Wenn man daher in Vörrach wieder einmal das Bedürfnis fühlt, Vorwürfe zu erheben, so erhebe man sie wenigstens da, wo sie am Platze sind, nicht aber gegen Unbeteiligte. Galt überigens der Vörracher Verein regelmäßig die Verbandstage besucht (von einer Beschädigung des Allgemeinen Genossenschaftstages will ich ganz absehen), so wäre die Verwaltung des Vörracher Vereins nicht auf dem laufenden gewesen, und unser Verbandsdirektor würde nicht nötig gehabt haben, schon einige Jahre hintereinander jedesmal sein Bedauern über die Nichtberichtigung des Vörracher Vereins auszusprechen. F. A. R. d. B., Verbandsdirektor, Stuttgart.

Nachschritt der Rebellion. Dem Genossen Knudts, der anscheinend ein eifriger Leser unseres Blattes ist, ist es trotzdem entgangen, daß unsere Organisationsverhältnisse in Stuttgart glücklicherweise schon längere Zeit mit seinen Angaben in Widerspruch stehen. Die Zeiten sind vorüber, wo dort von 10 vzt. Organisierten gesprochen werden konnte. Wenn er also der Vörracher Verwaltung nichts "vorgeschunkert" hat, so hat er sie aber tatsächlich — wenn auch freilichere Weise — falsch informiert!

Oldenburger Konsumverein. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 4600. Der Umsatz in den neun Verkaufsstellen war von M. 508 570 im Vorjahr auf M. 629 391 und der Umsatz der Bäckerei Eversten von M. 93 753 auf M. 100 211 gestiegen. Der Reinertrag betrug M. 86 957, wovon M. 81 300 zur Rückvergütung an die Mitglieder Verwendung finden sollen.

Sozialpolitisches.

Quittungskarten genau ansehen! ist eine Mahnung, die man auch unseren Kollegen nicht oft genug zurufen kann. Es kommt beim Arbeitswechsel oft vor, daß Arbeitgeber oder ihre Angestellten, teils aus Laßigkeit, teils aus "anderen" Gründen nicht diejenige Anzahl von Beitragsmarken in die Quittungskarten der Landesversicherung eingeklebt haben, die sie nach den gemachten Abzügen hätten kleben müssen. Auch über die richtige Wertgröße der Marken entstehen oft Differenzen. So hat die Landesversicherungsanstalt Heßen-Kassau im Jahre 1906 in 67 125 Arbeitsstellen, in denen 314 085 Personen beschäftigt waren, eine Quittungsrevision vorgenommen. Dabei wurden nicht weniger als 11 710 Anklänge ermittelt, der Geldwert der festgestellten Markenrückstände beläuft sich auf die enorme Summe von M. 75 507. Diese Summe ist aber noch verschwindend klein gegenüber der, die infolge der Anklänge der bevorstehenden Revision nachträglich beigebracht wurde! Gewaltige Summen müssen es auch sein, die durch zu niedriges Kleben von Beitragsmarken den Landesversicherungsanstalten entzogen werden. Die Landesversicherungsanstalt Heßen-Kassau mußte z. B. im vorigen Jahre 1508 Strafverfügungen und 1846 Warnungen erlassen.

Die Gelben in Danzig an der Arbeit. Wie unsere Kollegen nicht nur gegen ihre größten Feinde, ihre Ausbeuter, sondern auch gegen deren Helfershelfer, die Gelben, die Ausfallkollegen, auf der Hut sein müssen, sollen sie aus dem Nachstehenden nachdrücklich ans Herz gelegt erhalten:

Uns weiter niederhalten und um unser Recht zu bringen, ist die vornehmste Aufgabe unserer Gegner. Heute wollen wir uns einmal mit der Bäder-Ortskrankenkasse beschäftigen. Dieser wird leider oftmals zu wenig Bedeutung geschenkt. Unsere älteren Verbandskollegen haben ihr zum großen Teil den Rücken gekehrt, indem sie sich der Zentralkrankenkasse angeschlossen haben und lassen die Meiner drum schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Die Ortskrankenkasse friert auch tatsächlich nur ein kümmerliches Dasein. Das könnte aber anders werden, wenn unsere Kollegen nicht ganz so gleichgültig, besonders den Wahlen der Vertreter, zuschauten. Ohne weiteres haben sie zwei Drittel Rechte in der Zeitung, wie sie ja auch zwei Drittel Pflichten gegenüber den Arbeitgebern haben. Der Meinung, daß unsere Arbeitgeber die Sache schon machen werden, oder wir hätten nicht die nötigen Kräfte dazu, alle diese wirklich kleinaltigen Ausreden dürfen wir niemals gelten lassen. Wir haben die Pflicht, uns überall zu betätigen und unsere Rechte zu wahren. Bei einer Ergänzungswahl im vorigen Jahre gelang es uns, schon zwei Kollegen von uns in den Vorstand zu bringen. Am 23. Oktober in der Generalversammlung fand nun ebenfalls die Wahl von zwei ausgeschiedenen Arbeitgeber- und zwei Arbeitnehmer-Vertretern zum Vorstände statt. So nun für die Zukunft der Hebel angelegt werden muß, wollen wir zeigen, indem wir den Bericht folgen lassen:

Der zweite Vorsitzende, Kollege Schwarz, eröffnete die Versammlung und schlug vor, zur Leitung derselben, da er darin ungeeignet sei, als bekanntem und bewährtem Versammlungsleiter den Kollegen Drehm zu wählen. Die Gelben aber waren bis auf den letzten Mann erschienen und wählten sich den Ehren- und Charaktermenschen Regler. Daß sie bis auf den letzten Mann angetreten waren, kam daher, daß am Montag, den 21. Oktober, ihr Ehrenmitglied, der Bäckermeister Nieseberg, der hier auf einige Tage sein Domizil aufgeschlagen hatte, um

in einer Reihe von Versammlungen das Evangelium vom "Handwerk mit dem goldenen Boden" und seiner "Mittelstandszuwendung" zu predigen, seinen Schäfchen im "Germania"-Innungshaus hinter verschlossenen Türen eine Vorstellung gab und dieselben dann zum Gang zur Wahl dressiert wurden. Diese Zirkusvorstellung wurde ganz im Geheimen, nur unter den Schäfchen, bekannt gemacht, damit die Herren Nieseberg, Karow und Konsorten nur nicht in ihrem Gimpelsang gestört werden konnten. Der nun gewählte Regler konnte auch nicht anders, als sofort seine Kriecherei vor, den Arbeitgebern, die er meisterhaft versteht, zu zeigen. Er wollte durchaus die zwei zu wählenden Vorstandsmitglieder der Arbeitgeber von der Versammlung als ersten Vorsitzenden und als Schriftführer — die beiden Posten, die als Vorstandsmitglieder einschlägig werden — bestimmen lassen, trotzdem es im Statut ausdrücklich heißt, daß der Vorstand aus zwei Vertretern der Arbeitgeber und vier der Arbeitnehmer besteht, der sich dann selbst einen Vorsitzenden, Schriftführer usw. aus seiner Mitte wählt. Nach dem energischen Eingreifen des Kollegen Drehm und auch des Bäckermeisters Böhne wurde die Wahl vorschriftsmäßig vorgenommen. Bei der Wahl der Arbeitnehmer siegte dann die Liste der Gelben mit 38 Stimmen gegen nur 22 Stimmen von uns. Die Danziger Kollegen aber werden daraus die Lehre ziehen und versuchen schon heute, daß sie das nächste Mal besser auf der Hut sein werden.

Bäckerverordnung für das Herzogtum Oldenburg. Der Druck der Organisation und ihre rücksichtslose Kritik der überall bestehenden Mißstände zwingt unsere Behörden zum Leidwesen der Innungsämter doch immer wieder, sich mit den traurigen Zuständen in unseren Betriebswerkstätten zu beschäftigen. Das Resultat zeigt sich dann in Verordnungen, die die größten Uebelstände einschränken sollen, aber meist so ausfallen, daß wir als Organisation keine durchgreifende Besserung der Mißstände erwarten können. Umso weniger, da fast jeder Paragraph wieder Ausnahmen zuläßt und die Kontrolle der Durchführung der Ortspolizei vorbehalten bleibt. Wenn wir nicht selber hinterher sind, werden trotz aller derartigen Verordnungen die Nachköpfe von ihren heutigen Schönheiten in absehbarer Zeit wenig einbüßen. So auch in Oldenburg, wo jetzt eine derartige Verordnung erlassen worden ist. Die Bekanntmachung lautet:

Auf Grund des § 120 e Absatz 2 der Gewerbeordnung und des Artikels 9 § 6 des Oldenburgischen Gesetzes vom 3. Dezember 1868 (betr. Organisation des Staatsministeriums) ist über die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien und solchen Konditoreien, in denen neben den Konditoren auch Bädereiarbeiter hergestellten werden, vom Ministerium nach Anhörung der Nahrungsmittelindustrie-Vereinsgenossenschaft zu Mannheim unterm 1. Oktober 1907 folgendes für das Gebiet des Herzogtums bestimmt:

§ 1. Der Fußboden der Arbeitsräume darf nicht tiefer als einen halben Meter unter dem ihn umgebenden Erdboden liegen.

Das Maß von 0,50 m kann auf 1 m erhöht werden, wenn an der zugehörigen Außenwand ein durchgehender Licht- und Lüftungsgang hergestellt wird. Der Gang muß mindestens 1 m breit sein und mit seiner gut zu entwässernden Sohle mindestens 0,15 m tiefer als der Fußboden der anstößenden Räume liegen.

Durch die höhere Verwaltungsbehörde können auf Antrag Ausnahmen zugelassen werden, wenn auf andere Weise durch zweckmäßige Isolierung des Bodens und ausreichende Licht- und Luftzufuhr den gesundheitlichen Anforderungen entsprochen ist.

§ 2. Die Arbeitsräume müssen mindestens 3 m hoch und mit Fenstern versehen sein, welche nach Zahl und Größe genügen, um für alle Teile der Räume Luft und Licht in ausreichendem Maße zu gewähren. Die Fenster müssen unmittelbar ins Freie führen und so eingerichtet sein, daß sie zum Zwecke der Lüftung ausreichend geöffnet werden können.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann auf Antrag, abweichend von den vorstehenden Vorschriften, ausnahmsweise die Benutzung von Arbeitsräumen bis zu einer Mindesthöhe von 2,50 m gestatten, soweit nicht das örtliche Baurecht an Räume, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, höhere Anforderungen stellt.

§ 3. Die Räume müssen mit einem dichten und festen Fußboden versehen und gegen das Eindringen von Feuchtigkeit hinreichend geschützt sein.

Die Wände und Decken müssen, soweit sie nicht einer glatten, abwaschbaren Bekleidung oder mit einem wasserdichten Anstrich versehen sind, jährlich mindestens einmal mit Kalk frisch angestrichen werden. Der wasserdichte Anstrich muß mindestens alle fünf Jahre erneuert werden.

§ 4. Die Arbeitsräume dürfen nicht in unmittelbarer Verbindung mit den Bedürfnisanstalten stehen.

Die Abfallröhren der Urabfälle und Klosets dürfen nicht durch die Arbeitsräume geführt werden.

§ 5. In Arbeitsräumen, in denen die Herstellung von Backwaren erfolgt, muß die Zahl der darin beschäftigten Personen so bemessen sein, daß auf jede wenigstens 15 cbm Luftraum entfallen. Zur Befriedigung eines bei Festen oder sonstigen besonderen Gelegenheiten herbertretenden Bedürfnisses ist eine dichtere Belegung der Arbeitsräume gestattet, jedoch mit der Maßgabe, daß wenigstens 10 cbm Luftraum auf die Person entfallen müssen.

§ 6. Den Arbeitern muß Gelegenheit gegeben werden, ihre Kleider sauber zu verwahren und sich an einem ausreichend erwärmten Orte zu waschen und umzuwechseln.

§ 7. Vor dem Zurichten und Teigmachen haben die dabei beschäftigten Personen Hände und Arme mit reinem Wasser gründlich zu reinigen. Zu diesem Zwecke sind ausreichende und mit Seife ausgestattete Wascheinrichtungen zur Verfügung zu stellen; für jeden Arbeiter ist mindestens wöchentlich ein reines Handtuch zu liefern.

Soweit nicht Wascheinrichtungen mit fließendem Wasser vorhanden sind, muß für höchstens je fünf Arbeiter eine Wascheinrichtung eingerichtet werden. Es muß fern dafür gesorgt werden, daß bei der Wascheinrichtung warmes Wasser in ausreichender Menge vorhanden ist, daß das gebrauchte Wasser an Ort und Stelle oder einem Nebenraum aus abgeleitet werden kann.

§ 8. Die Nachbarräume sind an trockenen, unreinigung geschützten Orten aufzuwasahren.

Das Bearbeiten des Teiges mit den Füßen ist verboten.
 Das zum Streichen des Brotes benutzte Wasser muß täglich erneuert werden.
 Die Badwarte darf nicht auf dem bloßen Fußboden gelagert werden.
 § 9. Das Sitzen und Liegen auf den zur Herstellung und Lagerung von Backwaren bestimmten Tischen und dergleichen ist untersagt. Die Betriebsunternehmer haben für ausreichende Sauberkeit in den Arbeitsräumen zu sorgen.
 § 10. In den Arbeitsräumen sind täglich zu reinigen, mit Wasser gefüllte Spünapfäße, und zwar in jedem Arbeitsraume mindestens einer, aufzustellen. Das Ausspäßen auf dem Fußboden ist verboten.
 § 11. Die Arbeitsräume dürfen zu anderen, mit dem ordnungsmäßigen Betriebe nicht zu vereinbarenden Zwecken, insbesondere als Waschk-, Schlafr- oder Wohnräume, nicht benutzt werden.
 § 12. Die Arbeitsräume sind von Ungeziefer frei, sowie dauernd in reinlichem Zustande zu erhalten und täglich mindestens einmal gründlich zu lüften. Die Fußböden der Arbeitsräume müssen täglich, die Wände, soweit sie nicht mit Kalk gestrichen sind (§ 3), vierteljährlich mindestens einmal abgewaschen werden.
 Die im Betriebe verwendeten Tische, Geräte, Gefäße, Lächer und dergleichen dürfen nicht zu anderen als zu Betriebszwecken benutzt und müssen in reinlichem Zustande erhalten werden.
 § 13. Die im Betriebe tätigen Personen müssen während der Arbeit mindestens mit einem Hemd und einem Hemde bekleidet sein.
 § 14. Personen mit ansteckenden oder elektrisierenden Krankheiten dürfen nicht beschäftigt werden.
 § 15. In jedem Arbeitsraum, in welchem die Herstellung von Backwaren erfolgt, ist ein Abdruck dieser Bekanntmachung und ein von der Ortspolizeibehörde zur Verhütung der Nichtigkeit seines Inhaltes unterzeichneter Auszug anzubringen, aus dem ersichtlich ist:
 a) die Länge, Breite und Höhe des Raumes,
 b) der Inhalt des Raumes in Kubikmetern,
 c) die Zahl der Personen, die nach § 5 oder nach § 16 in den Arbeitsräumen regelmäßig beschäftigt werden darf.
 § 16. Die höhere Verwaltungsbehörde ist befugt, auf Antrag für bestehende Anlagen, solange sie nicht einer wesentlichen Erweiterung oder einem Umbau erfahren, Ausnahmen von §§ 2, 4 und 5 zuzulassen, wenn darin die Arbeiter in anderer Weise gegen Gefahren für ihre Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.
 § 17. Auseinandersetzungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, soweit nicht in den bestehenden Gesetzen höhere Strafen angedroht sind, mit Geldstrafe bis zu 150 und im Ausnahmefalle mit Haft bestraft.
 § 18. Die Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 5. November 1906, betreffend Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien und solchen Konditoreien, in denen neben den Konditoren auch Backwaren hergestellt werden, wird aufgehoben."

Gewerbegerichtliches.

Für die Einführung der Verhältniswahlen bei den Gewerbeämtern legen sich allerdings die Gewerbeämter nicht weniger im Sinne der Gewerbeämter wieder gehörig ins Zeug, so in Jena und anderwärts in Berlin. Denn die Behörden dort sind geneigt waren, dieses an sich gerechteste aller Wahlverfahren auf allen Gebieten zur Einführung zu bringen, so zunächst bei den Gewerbeämtern und hier allem bei den Landratsämtern, so wäre ihr Eifer durch das lobenswerte und sie würden die Genehmigung haben, heute nicht als eine reine politische Gruppe, sondern Seite an Seite mit den freien Gewerbetreibenden zu kämpfen. Aber um den Sieg des Verhältniswahlverfahrens selbst ist es ihnen gar nicht zu tun, sondern lediglich um die Durchsetzung eines Machtverhältnisses gegenüber der anderen organisierten Arbeiterwelt. Nur zum Kampfe gegen unsere Gewerbetreibenden haben die Behörden nach dem Ratgeber, und da wiederum ist es schwerlich, daß unsere Gewerbetreibenden bei aller prinzipiellen Unterstützung dieses Wahlverfahrens, sich für dessen Einführung nicht ohne weiteres begeistern können. Unsere Gewerbetreibenden sind Verhältniswahlverfahren völlig überdrüssig, denn es unterdrückt und abtötet sie auf alle Gewerbeämter übertragen worden wäre. Aber ein solches Vorgehen unserer Gewerbetreibenden im Verhältniswahlverfahren würde von den Behörden nicht gebilligt werden. Sie begünstigen sich mit der schamlosen Zulassung des Verhältniswahlverfahrens, damit die Gewerbeämter eine Wahl behalten, um dort, wo die Behörden von den freien Gewerbetreibenden gewählt sind, den Einfluß durch die Verhältniswahl zu vermindern, dagegen anderwärts, wo alle Fälle durch gewerbliche Gewerbetreibenden gehen, alle Fälle gleich zu lassen. Es liegt unter solchen Umständen die Gewerbeämter bürgerlicher Gewerbetreibenden, wollen die Gewerbetreibenden zur Einführung des Verhältniswahlverfahrens die Hand bieten. Denn das Verhältniswahlverfahren ist Gewerbeämtern der gewerblichen Welt nicht gebilligt, so mögen sie für die gewerblichen Gewerbetreibenden die Verhältniswahlverfahren nicht als Gewerbeämter betrachten. Wir werden es an Überzeugung einer dahingehenden Forderung nicht fehlen lassen.

Polizei und Gericht.

Milde bestrafte Verleumdungen. Die Bäckermeister S. Gierke, S. Gierke und S. Klein in Göln haben drei Verleumdungen nach der vorgeschriebenen Methode geübt. Diese Verleumdungen sind nach § 15 mit einer 16 Geldstrafe bestraft. Als die Herren ihre Verleumdungen geübt haben, waren sie brennend. Der Herr S. Gierke hat gesagt: „Ich habe mich nicht schuldig gemacht, und habe mich nicht schuldig gemacht, und habe mich nicht schuldig gemacht, und habe mich nicht schuldig gemacht, und habe mich nicht schuldig gemacht.“

Der Birne-Verleumdungs-Prozess in zweiter Auflage wird sich am 31. Oktober vor der I. Strafkammer des Breslauer Landgerichts abspielen. Die Ehre Birnes stiegen dem Staatsanwalt so stark ranponiert, daß sie mit Verstrafung des Verleüders zu 40 Gefängnis nicht genügend repariert ist; deshalb legte er Verurteilung, und nochmals vor Gericht das Verbrechen des Kollegen Ziegons abgeurteilt werden, und dabei die lustige Vergangenheit unseres Freundes Birnes, des Ex-Mitgliebes von Breslauer und gelben Bundessongreßteilnehmers, ins rechte Licht gestellt werden. Wir gratulieren!

Aus dem Innungslager.

Aus Hamburg. Bäckermeister Egoismus — als Gegengift-geller Verdummung. Freimacht war für mich gewesen; langsam durchschleuderte ich, meine Freiheit genießend, die Alsterpromenaden und erwog die Frage, welche die Schläueren sein, die „gelben Hartmannianer“, die gemeinsam mit den Meistern, oder die „roten Almannianer“, welche ohne die Meister sich den wöchentlichen Ruhetag und andere Verbesserungen erlangen möchten. Das Ende dieser tiefenigen Betrachtung war die Erkenntnis, daß die Bäcker in solchen Städten, in denen sie als Almannianer gut vertreten sind, sich den wöchentlichen Ruhetag, die Abschaffung des Kopf- und Logiszwanges und anderes bereits errungen haben, während die Kollegen nirgend von diesen Verbesserungen weiter entfernt sind, als gerade in den Hochburgen der gelben Garde. Als ich in der Nähe des Zentralbahnhofes war, redete mich ein junger Mann an und bat mich, ihn über den Weg nach dem Wäckerinnungshaus orientieren zu wollen. Natürlich stellte ich mich dem Kollegen vor und erbot mich, ihn ein Stück Wegs begleiten zu wollen. In unserem Gespräch, welches sich zunächst um das übliche „Guten Tag“ drehte, erfuhr ich dann die interessante Episode, die ich unseren Lesern nicht vorenthalten möchte, weil sie wieder ein großes Schlaglicht auf die Rechtsauffassung der Innungsbäckermeister im besondern wirft und in treffender Weise illustriert, was bäckermeisterliche Gabsier in schlauser Kalkulation sich unter „Interessengemeinschaft“ vorstellt. Ich lasse jenen Kollegen selber sprechen: „Ich habe“, so führte er etwa aus, „meine Lehrgänge in Gollmar absolviert und bin dort nach beendeter Lehrzeit noch ein Jahr in Arbeit gewesen. Geringe Löhne, schlechte Kost und Wohnung und eine entwürdigende Behandlung gibt es dort für eine Gegenleistung von etwa 16 bis 17 Stunden Arbeitszeit. Im Frühjahr 1904 riefte ich von Gollmar ab, direkt nach Berlin, wo gestreift wurde, in der Absicht, arbeitswillig zu sein. Mit dem Meister, bei dem ich in Arbeit kam und der mich deswegen mit allerlei Liebheuten überhäufte, vereinbarte ich folgenden Lohn. Für die Zeit des Streiks 1/30 pro Woche, Kost und Logis im Hause; nach beendeter Streik wöchentlich 1/13 bei jüngerer Stellung, damit Sie sehen, daß es auch ohne sozialdemokratischen Verband gute Löhne gibt“, jagte der Meister. Während des Streiks der Kollegen war ich „lieb Kind“, von der Küchenjungfer hinunter bis zum Meister erfuhrte man mit jedem Wunsch, den man erlangen konnte, was sich jedoch sofort änderte, als der Streik beendet war. Welche Arbeitszeiten ich ausführen mußte, mit welcher Kost und Wohnung ich davor nehmen und welche ignominöse Behandlung ich über mich ergehen lassen mußte, in welchem Verdienst ich unherabgelte, darüber schweige ich, aus Gründen der Menschlichkeit. Meinen Lohn ließ ich allwöchentlich aufschreiben, brauche ich Geld, so mußte ich dem Meister dieses zeigen, mußte ihm auch bis in alle Einzelheiten mitteilen, wozu ich das Geld brauche, damit ich ja nichts unnützes verschwende. Der Meister legte eine hohe Anteilnahme für meine persönlichen Angelegenheiten an den Tag. Briefe und Rechnungen wurden kontrolliert, Besuche konnte ich nur unter Überwachung empfangen; mein Verkehr mit der Außenwelt während also in jeder Hinsicht einer gewissen Kontrolle. (Das erfordert die Interessengemeinschaft! Der Herrmeister.) Im Frühjahr 1907 kündigte ich das Arbeitsverhältnis und riefte mit meiner Abrechnung über den Lohn, den ich noch zu fordern hatte heraus. Es handelte sich um etwa 100 über 1/400! Der Meister, als er diese Summe hörte, erstarrte einen Schreck und eine Verwundungslage und meinte, er habe „halb nicht die Hälfte von dem verdient“, und meinte wie folgt: „Lohn haben wir vereinbart 1/13 — für die Zeit des Streiks 1/30. Davon geht zunächst prozentual soviel ab, wie mein Geschäft durch den Streik Schaden erlitt. Der Schaden betrug mit einem Schaden von 45 Pft. Sie als Meistermeister, da Sie doch gemeinsam mit den Meistern die Interessen des Handwerks wahren wollen, müssen doch auch einen Teil des Schadens tragen und sich also einen Abzug von 45 Pft. gefallen lassen. 45 Pft. von 1/30 bleiben 1/60. Für die übrigen Wochen je 1/13, abzüglich jenseitigen Vorzugs, bleibt um um. Der geniale Meister rechnete 1/161 weniger als ich, und er durch meine Drohung, ihn beim Gewerbeamt und wegen grober Nachlässigkeit verklagen zu lassen, erreichte ich, daß er sich herbeiließ, meinen berechtigten Lohnansprüchen zu genügen. (Was so eine Drohung nicht alles tut: man behauptet 1/161.) Auszahlen mußte der Meister auch noch, was er in Form von Beiträgen in den gelben Bund für mich ohne meine Einwilligung gezahlt hatte. Heute behauere ich es, gelb und Streikbrecher gewesen zu sein, heute behauere ich es, mir ein Verbrechen gegen den Verbandsverband zu haben und habe die Absicht, sobald ich die Absicht habe, dem Verbandsverband beizutreten und mich in jeder Hinsicht nur als Verbandskollege aufzuführen.“ — Soweit der herrliche Herrmeister, dem ich natürlich meine Meinung über seine Handlungsmuster nicht vorenthalte. Der nötigen Humor ausbreitete über die Sache doch nicht. Man sieht so recht, daß selbst die hilflosen Bäckermeister zu allerlei geringen Tatumständen fähig sind, wenn es sich um den Profit handelt. Und ganz unrecht hatte der Herrmeister sich über den Meister, wenn er sich seiner Redezeit bei der Interessengemeinschaft beruft und ausführt, daß diejenigen, die gemeinsam mit den Meistern für das Handwerk kämpfen, einen Teil nicht nur der Freuden, sondern auch der Leiden des Handwerks entgegen müssen. Dem Bäckermeister kann man es halb nicht verargen, wenn sie demartig verkommenen Kollegen ausbreiten. Ohne Anstößung sind die Arbeiter eben nicht denkbar, und in der Verdrummung, die jüdischer Ansehen vorantreibt, liegt eben die Konterbierung der jüdischen Angelegenheiten, die den Bäckermeistern recht sind. Was jener Schläuberherren heranzuschleift, ist die natürliche und logische Konsequenz der Theorien des Almannianer Hartmann. Zur selben Zeit aber, als unser Kollege von jenem Arbeitgeber darüber aufgeklärt wurde, was man unter Interessengemeinschaft zu

verstehen habe, als er erwachte und die Interessen der Unternehmer von seinen eigenen zu unterscheiden lernte, zur selben Zeit erschien in der Hartmannischen Druckapothek (Sprich: Zelmanten) ein Artikel, überschrieben mit den bombastischen Worten: „Deutscher Bäckerfestsche, aufgewacht! Die Augen aufgemacht! Hoffentlich macht diese 8 Erwachen Schule!!!“

Aus Freiburg i. Br. Auch einer, dem wohl die organisierte Arbeiterschaft als Kundschaft gut genug ist, um seinen Verdienst dabei zu machen, aber der seinen Arbeitern ihre Organisation verbietet, ist der Bäckermeister Kaufmännler in der Kollmarerstraße in Stühlingen. Wollten unsere Kollegen den in dieser Bäckerei Beschäftigten eine Versammlungseinladung bringen, so konnten sie es nicht, weil die Frau Meistern sie nicht in die Backstube ließ. Als nun anfänglich der letzten Versammlung den Kollegen eine Einladung zugesandt wurde, warf die Frau Meistern dieselbe wieder hinaus mit den Worten: „Wir brauchen keinen Fachzettel. Aber jedenfalls die Arbeiterschaft als Kundschaft.“

Gorra! Wat-Gell! Der Obermeister der Ödiner Innung, seines sonstigen Zeichens nach Meistler und Scharfmacherbandsagator, hat den Kronenorden bekommen. Von welcher Güte das Ding ist, vermögen wir nicht zu melden; aber wir gratulieren dennoch, wenn wir auch nicht bei dem am 24. Oktober stattgefundenen Saufgelage, das aus diesem Anlaß der Ödiner Innungsvorstand unter sich abhielt, dabei sein durften. — Ein gekränktes Mitglied des Arbeitgeberverbands aus der Nähe von Ödn, das auch dabei sein hätte wollen.

„Wieder eine Kraftprobe der Arbeiter“, schreibt die Helfersbender der Innungsbrüder. Die in Ödn erscheinende „Westfälische und Konditoren-Ztg.“ teilt ihren Lesern unter obiger Spitzmarke in ihrer Nr. 43 mit, daß in Eberfeld bei der Firma Heineberg, Denders Nachfolger, 200 Bäcker in den Streik traten. — Als der bekannte, intelligente Fachgenosse, der dieses Blatt allwöchentlich zummentlistert, das Manuskript zu dieser Kolliz in den Sektorsaal brachte, sollen sich die Seger ein „Fäßchen „Kölsch“ ausgesetzt haben. Man hatte nämlich schon lange nichts „Geschriebenes“ mehr lesen dürfen, und darum die Freude ob dieser „Kraftprobe“ des Redakteurs bei den Segern. „Arme Leser!“

Breslau ohne Mitgefellen. Das verroffete Innungsgetriebe funktioniert hier gar nicht mehr und obendrein ist der Gesellenausschuß verwaist. Zwar ist unter obermeisterlicher Leitung schon zweimal Gesellenausschuwahl gewesen, doch eine gültige Wahl haben wir nicht aufzuweisen. Der Protest „Schwebt“ noch bei der Aufsichtsbehörde. Die meistertreuen Gesellen schienen dem — nach Hartmann — „herrlichen Siege“ bei der letzten Wahl, wo sie mit fünf Stimmen Mehrheit unter ganz sonderbaren Wahltrieb gewählt wurden, nicht zu trauen. Bis heute haben sie eine Konstituierung des Ausschusses unterlassen. Oder will etwa keiner den durch Ehrenbitne gewählten Mitgefellenposten kelleiden? Unsere Innungsführer haben wieder einmal bewiesen, daß sie mit den Bestimmungen der Handwerkerergetzgebung nicht aus noch ein wissen, tatpatischen weiter, und der Magistrat wird diesem Dinge erst ein Ende machen müssen.

Aus drüßlicher und gelber Werkstatt.

Nun wird das Handwerk bald gerettet sein. Hat sich doch auch in Freiburg eine drüßliche Bäckerorganisation gebildet. Am Sonntag, den 20. Oktober hatten sie ihre erste konstituierende Versammlung. Anwesend waren 12 Mann. Alles Bäckergejellen. Der Vorstand wurde bestellt, so daß jeder der Anwesenden ein Vorstandsamt bekommen hat. Wir fürchten nur, daß dieses künstliche Gebilde bald wieder sanft einschläft.

Doppelt gemoppelte Buchführung. Eine zu dumme Einrichtung ist es, daß die modernen Arbeiterorganisationen alljährlich ihre Abrechnungen immer vor aller Welt auflegen und dadurch die Arbeiter im allgemeinen gar zu sehr verwöhnt haben. Nun müssen auch diejenigen, die sich Arbeitervereine nur schimpfen, das Beispiel nachahmen und dabei die heitersten Verrechnungen aufstellen, um eine jauchere Abrechnung hinzuzufügen. Aber manchen glückt es halt doch nicht! So hat sich auch der „gelbe Guitaw“ alle Mühe gegeben, so ein Ding zum Grütter Bundestag fertigzuführen — aber es wollte nicht gehen, weil ja nichts abzurechnen war. Wenigstens konnten die meisten heimlichen und unheimlichen Einnahmen und Ausgaben nicht in die Öffentlichkeit gebracht werden. Doch man muß schließlich so ein Ding zusammenkustern und den gelben Schächeln im Vertrauen auf ihre Dummheit vorlegen. Wir wollen nur auf einiges in dem vorerwähnten Nachwerk hinweisen. Daß bei angeblich „7000“ Mitgliedern bloß 1154,70 Jahresbeiträge verzeichnet werden, also pro Person 30 deutsche Reichsmünzen, würde nur beweisen, daß sie zahlende Hintermannen, aber fast keine zahlenden Mitglieder haben. Wenn aber Guitaw als Gesamtausgabe 148,45 angibt und dann allein als Postausgänge anführt: 31 Depeschen — 1982 Briefe — 106 Postkarten — 108 Druckzettel — die nach den geringsten Sätzen gerechnet schon ungefähr 1218 Porto ausmachen, so ist das wirklich alles, was sein kann. Guitaw kann es noch zu etwas bringen. Ueber die weitere Entwicklung der Klassenbildung der Gelben darf man nach dieser Probe gespannt sein, und unsere Mitglieder werden die zweite „Abrechnung“ mit Vergnügen erwarten.

Einige Gelblinge in Dessau hatten in mehreren Damentuben größere Fischen gemacht, sich als Konsumbäcker ausgegeben und dann das Bezahlen vergessen. Da nun einige Konsumbäcker deshalb befragt wurden, wollte einer derselben die dumme Sache unterrichten und nahm mehrere Bäcker mit zu den geprüften Restaurieren nach deren Lokal. Er ließ die Anwesenden inspizieren und in Uebereinstimmung bezeichneten zwei der Restaurieren, unabhängig in ihrem Urteil voneinander, ein und dieselbe Person als den Zechpreller. Da es in Güte nicht möglich war, so mußte erst mit Polizeihilfe der Name desselben festgestellt werden, um die Zechprellerei von unseren Kollegen gründlich abzuhalten zu können. Hierdurch fühlte der Verwesende sich obendrein beleidigt, ging zum Friedensrichter und wollte den Zechpreller bestrafen lassen. Unser Kollege gab natürlich die Erklärung ab, daß er den Gelbling nicht habe beleidigen wollen und, soweit bei der Affäre eine Beleidigung

enthalten sei, diese zurücknehmen. Beantragt hatte der gelbe Jüngling dreimalige Ehrenerkennung in den Gesellenbüchern und eine Buße für die Urmentafel. Nachdem ihm auch von dem Richter klar gemacht war, daß er solange als Beschäftigter gilt, als er sich von dieser Anwartschaft nicht durch Abgabe gereinigt hat, mußte er betäubt abziehen. Für uns Konsumbäcker ist die Sache nun erledigt.

Ein Aufwölger, der noch sehr junge Bäckergehilfe Kluge in Danzig, der sich beklagt, der gelben Streikbrechertruppe anzugehören, ist den Verbandskollegen schon durch sein schwarzerbischs Treiben gegen unsere Kollegen aus der Bäckerei Mottrich in der Tischlergasse bekannt. Trotzdem er dort in einem kurzen Zeitraum zweimal einen kräftigen Fußtritt erhielt — wie es Verrätern an den Kollegenschaft eigentlich immer gebührt — betreibt er seine miserabile Tätigkeit weiter. Seine neue Arbeitsstätte ist die Bäckerei der Frau Claus, derselben Dame, die vor nicht so langer Zeit, als sie unserem Kollegen Sch. die Ueberstunden nicht bezahlte und dieser logischerweise die Ueberarbeit verweigerte, zu einem Schutzmann lief, um Sch. zur Arbeit zwingen zu wollen. Am vergangenen Sonntag benahm sich der Kluge gegen einen Kollegen M., der in dieser Bäckerei den Kollegen A. besuchen wollte, ganz und gar als ein gekauftes Unternehmerrwerkzeug. Er beschloß nicht nur die Güter, dem Kollegen M. frech ins Gesicht zu lügen, Kollege M. (der nur hinter ihm stand) sei gar nicht da, sondern beschloß M. auf das größtmögliche, und drohte mehrmals, ihn aus dem Laden zu schleichen. Und warum? Weil M. gegen die Frau Claus den berechtigten Vorwurf erhob, daß sie die Ausnahme der Hochstellung (die ausdrücklich an den Kollegen A. adressiert war) mit dem Bemerken verweigert hatte, A. sei ihr unbekannt! Das leistet der Mustermann Kluge alles nur, um die besten Stellen zu ergattern. Die Danziger Kollegen werden ihm aber wohl die Rechnung zu Teil werden lassen, die er verdient.

Aus Kaiserslautern. Am 6. Oktober fand hier eine Versammlung der „Handwerkstreuen“ Bäckergehülfen der Pfalz statt, wozu jedoch nur Anhänger der Selben Zutritt hatten. Nach den Berichten der bürgerlichen Presse (die sozialdemokratische war natürlich ausgeschlossen) bildete das Hauptthema des Referenten Wischnowski-Berlin der deutsche Bäckerverband. Das Referat hätte viel besser in eine Meisterversammlung gepaßt, als in eine Versammlung vor Bäckergehülfen. Denn mit Nebenarten, wie: „Man wolle, um über berufliche Angelegenheiten zu beraten, keine bezahlten Agitatoren, sondern Gehülfen aus der Backstube“, kann man wohl Leute, die in unserer wirtschaftlichen Entwicklung noch 50 Jahre zurück sind, weismachen, man fördere das Handwerk, aber nicht die Interessen der Gehülfen vertreten. Und ist vielleicht Herr Wischnowski kein bezahlter Agitator? Nur mit dem Unterschied, daß er für die Meister spricht, obwohl diese seine Hilfe durchaus nicht nötig haben. Denn durch ihre Innung sind sie jederzeit im Stande, die Preise einfach zu erhöhen. Und die Gehülfen! Die erbärmlichsten Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen noch in der Pfalz und damit diese so bleiben, muß man einen Zweigbund des Bäckerbundes gründen. Denn die Gehülfen aus der Backstube, die nicht alles so schön finden beim Herrn Meister, werden hinausbugsiert, wie das schon seit Jahren hier geschieht. Weiter verzapfte der Referent den Unfuss, der Bäckerverband fördere den Großbetrieb durch Genossenschaftsbäckereien. Als ob nicht auch in der Bäckerei sich die Umwälzung zum Großbetrieb vollziehe, wie in jedem anderen Beruf, auch ohne Genossenschaft. Diese Entwicklung wird nicht aufgehalten durch noch so viel Schimpfen über den Verband. Wenn der Meibner sich ferner die Behauptung leistet, in den Genossenschaftsbäckereien müsse geschützt werden, so mag er die Löhne und die Arbeitszeit der hiesigen Konsumbäckerei mit denen bei den Meistern vergleichen und seine Ausführungen werden klüger gestraft sein. Wenn der Herr sich der Mühe unterzogen hätte, die hiesigen Bäckergehülfen einzeln über ihre Lage auszufragen, so hätte er zweifellos — mit Ausnahme von vielleicht einigen Meistersöhnen — die gleiche Erfahrung gemacht wie die „bezahlten Agitatoren“ des Verbandes, nämlich: daß die Gehülfen Klagen über schlechte Entlohnung, Schlafstellen und Kost. Diejenige aber abzuhefen ist man nicht im Stande mit Pfaffen, wie von einem „großen, starken von Nationalabenteuern getragenen Gewerbe“, wie sie Wischnowski angewendet hat. Nachdem auch noch der Innungsoberrichter Chorherrmann und der Handwerksammersekretär Bernad ihren Segen zu der Sache gegeben, konnte es den Bäckergehülfen an nichts mehr fehlen. Sie gründeten einen Zweigbund für die Pfalz und — wie sich das für handwerkstreue Gesellen geziemt — telegraphierten den Prinzregent an, und das Handwerk war wieder gerettet.

Ob aber nicht manche Bäckergehülfen am Tage beim Backtag andere Empfindungen bekommen und die Gnadenzone der Meister weniger freundlich fanden, als in dem feistlich dekorierten „Karlberg“, ist eine andere Frage. Es kommt die Zeit, wo auch die Mehrzahl der Bäckergehülfen dies begreift und die „bezahlten Agitatoren“ à la Wischnowski allein für die Meister reden läßt und sich dem deutschen Bäckerverband anschließt.

Ausland.

Oesterreich. Unsere Kollegen in Wien-Simmering haben mit ihrem Lohnkampf bei der Firma Schmidt Söhne einen grossen Erfolg errungen und ihre Forderungen im Gewerkschaftskampfe sehr gut hinstanden! Nach schwerem Ringen ist nun wieder Friede geschlossen und auf Grund nachstehender Vereinbarungen die Arbeit wieder aufgenommen worden.
1. Die Arbeitszeit beträgt täglich mit Ausnahme vom Samstag, neunehalb Stunden. Am Samstag wird bis 3 Uhr gearbeitet. Die grosse übliche Reinigung am Samstag wird nach Schluss der Arbeitszeit gegen besondere Entlohnung durchgeführt.
2. Am Karfreitag und Weihnachtsabend wird die Arbeit um 12 Uhr Mittags beendet und der Tag voll bezahlt. Ostermontag, Pfingstmontag und der erste Weihnachtsfeiertag, sofern dieser nicht auf einen Sonntag fällt, werden, trotzdem nicht gearbeitet wird, bezahlt. Am 1. Mai wird nicht gearbeitet, Wenn an einem Feiertag gearbeitet wird, so hat die Arbeit nur bis

4 Uhr Nachmittags zu dauern; der Tag wird jedoch voll bezahlt.

8. a) Gehülfen, die eine Tätigkeit in Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken nachweisen können, werden mit Kr. 22 angestellt; jene aber, die in Fabrikbetrieben noch nicht gearbeitet haben, können, selbst wenn sie mit Lehrzeugnissen versehen sind, auf diesen Lohn keinen Anspruch machen. Diese erhalten einen Anfangslohn von Kr. 20, rücken jedoch nach dreimonatiger Tätigkeit in die Lohnkategorie der Gehülfen mit Kr. 22 vor.

b) Hilfsarbeiter unter 19 Jahren erhalten einen Anfangslohn von Kr. 17, solche über 19 Jahre einen Lohn von wenigstens Kr. 18.

c) Der Anfangslohn für Arbeiterinnen beträgt bei der Aufnahme in den Betrieb nicht weniger als Kr. 8, nach einjähriger Verwendung Kr. 9 und nach zwei Jahren Kr. 10. Dort, wo bereits höhere Löhne bestehen, bleiben diese aufrecht.

d) Ueberstunden werden mit 25 pZt. Lohnaufschlag vergütet; in Betrieben jedoch, in denen bisher die Entlohnung für Ueberstunden eine höhere war, bleibt diese Norm aufrecht.

Die Lohnzahlung erfolgt am Schlusse der Arbeitswoche und wird vor Schluss der Arbeitszeit vorgenommen.

4. Wegen Zugehörigkeit zur Organisation wird niemand beanstandet oder gemassregelt.

5. Waschgelegenheit und Handtücher werden zur Verfügung gestellt.

6. Wegen dieser Lohnbewegung werden innerhalb des Zeitraumes von sechs Monaten Entlassungen nicht vorgenommen.

Die Aussperrung der Warschauer Bäckergehülfen ist beendet.

Salbst deutsche Unternehmerorgane müssen mit staussaurer Miens zugehen, dass die ganze Aussperrungstaktik den Warschauer Bäckerschwarzmachern gar nichts genützt hat, denn sie berichten kleinlaut: „Die Gesellen treten wieder in ihre alten Stellungen ein; die früheren Abmachungen und Löhne bleiben bestehen. Jeder Geselle erhält nach einer Arbeitsdauer von mindestens einem Jahr bei einem und demselben Meister einen Urlaub von einer Woche. Während dieser Zeit wird der Lohn fortgezahlt. Als Entschädigung für die Aussperrungszeit erhalten die Gesellen ausserdem einen vierzehntägigen Lohn, der nach erfolgter Arbeit von einem viertel Jahr zu zahlen ist. Die während des Streiks für die türkischen Bäcker herangezogenen Heimatsarbeiter sind zu entlassen und werden, so weit es sich als notwendig erweist, durch hiesige Kräfte ersetzt.“ — Die Bäckermeister werden auch sonst noch die Folgen ihrer unsinnigen Aussperrungstaktik zu fühlen bekommen. Die Gesellen haben eine Genossenschaft gegründet und eine Dampfbackerei gepachtet. Somit ist der schwere, den Gesellen frivoll aufgezwungene Kampf endlich beendet und wir können unsere Warschauer Kollegen zu ihren Erfolgen beglückwünschen. Sie haben ihren Sieg in erster Linie ihrer opferwilligen Ausdauer zu verdanken und damit den organisierten Arbeitern aller Länder ein schönes Beispiel gegeben.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (G. h. 42).

Sitz Dresden.

Protokollauszüge der Sitzungen vom 16. Juli, 3. und 23. August, 1., 15. und 27. September.

Beitritts-Erklärungen nach § 2 erfolgten in diesem Quartal insgesamt 1896, und zwar 827 Gürtel, 1015 Uebertritte und 51 Wiedereintritte.

Ausschlüsse nach § 5 308; Austritte 58; Ueberweisungen nach § 7 3, 15, 47; Verstrafungen nach § 9 51 Fälle mit einer Gesamtsumme von M. 141,80.

Altona. Im Untersuchungsfall Buch-Nummer 1255, Friedr. Schwabe-Reinmünster, wird die Forderung von M. 77 des dortigen Arztes Dr. Verbert abgewiesen, da betretendes Mitglied zugleich Mitglied der Ortskrankenkasse ist und die ärztliche Behandlung von dieser Kasse gewährt wurde.

Danzig. Die Kaution des Bevollmächtigten G. Machtaus ist eingegangen und hierüber dem Verfassenden das Kautionszeugnis zugesandt worden.

Eiberfeld. Auf Grund der Neuwahl vom 25. August werden folgende Verwaltungsmitglieder bestätigt:
Buch-Nr. 4712 Georg Pommer, Verollm., Barren, Födterstr. 27.

- 4637 Karl Hoff, stellvertretender Bevollmächtigter.
- 4651 Albert Hill, Schriftführer.
- 4652 August Weder, stellvertretender Schriftführer.
- 4614 Carl Kollmann
- 4656 P. Schäper
- 4612 G. Weidman

Zu der Weidmanangelegenheit des ausgeschlossenen Mitgliedes Boos nimmt der Vorstand Kenntnis von dem Bericht über die erfolgte Untersuchung durch den Bevollmächtigten Rabben-Düffelhoff und beschließt, den Ausschluss aufrecht zu erhalten.

Frankfurt. Auf Grund der Ergänzungswahl vom 22. August wurde an Stelle des bisherigen Revisors Krüger, Buch-Nummer 894, H. Stark bestätigt.

Göln. Der Vorstand beschließt, die Kaution des früheren Bevollmächtigten Juch dem früheren Revisor März auszugeben, bezw. dem Bevollmächtigten Dietrich zu übertragen.

Yannover. Die Kaution nebst Zinsen vom früheren Bevollmächtigten W. Weber wird auf den Bevollmächtigten Karl Appel übertragen.

München. Der Vorstand beschließt, da der Magistrat die Beiträge auf ermäßigte Pflanzstätten in den öffentlichen Anlagen für unsere Kassen nicht gewährt, sondern nur für solche Kassen, welche ihren Sitz in München haben, Verträge mit den Heilanstalten Rotas Kreuz und Nymphenburg (pro Tag M. 2,20) abzuschließen.

Zentralstelle. Der Antrag der Generalversammlung: Anschluss an den Verband freier Krankenkassen Deutschlands (Sitz Hamburg) unter dem Vorbehalt, daß es unserer Kasse

gestattet sei, sich in einzelnen örtlichen Verwaltungsstellen den vertraglichen Bestimmungen mit dem Arztverein auf Pauschalhonorierung nicht anzuschließen, bezw. verpflichtet zu brauchen, wurde vom dortigen Vorstand abgelehnt, da der Beitritt unter der Bedingung, in einzelnen Fällen an den Verbandsbeiträgen nicht teilnehmen zu wollen, nicht zulässig sei. Da aber eine Benachteiligung unserer Klasse durch derartige Verträge nachweislich zu erwarten ist, beschließt der Vorstand, aus obigen Vorbehalten festzuhalten und bringt dieses hiermit den örtlichen Verwaltungsstellen zur Kenntnis.

Kenntnisnahme der Montierungen des Statutenantrages durch die Aufsichtsbehörde, wonach der Artikel 5 abgeändert werden soll und ein Artikel nicht genehmigt wird. Die zweite Einreichung erfolgte am 26. August. (Siehe näheres Bekanntmachung des genehmigten Antrages.)

Der Kassenvorstand.
J. A. May Paul, Schriftführer.

Protokollauszug

über die am 28. und 29. Juli in Halle a. d. Saale stattgefundenen ordentliche Generalversammlung.

Beteiligt waren 18 örtliche Verwaltungsstellen mit 28 Abgeordneten, der Kassenvorstand durch 2 Vertreter, der Kassenaussschuss durch 1 Vertreter. Nach dem Geschäftsbericht über die verlossene dreijährige Geschäftsperiode hatte die Kasse am Jahresabschluss 1903 16 örtliche Verwaltungsstellen, 1906 21 örtliche Verwaltungsstellen und seit dem 18. Juni 1907 kam noch in den letzten drei Jahren 4829 Mitglieder, ausgefallen 4623. Mitgliederbestand 4450.

Die Gesamteinnahme betrug M. 232887,51
Gesamtausgabe M. 236357,78
Mithin Defizit M. 3470,27

Der Vermögensbestand betrug 1903 M. 57107,29
Am Schlusse 1906 M. 52005,02
Mithin weniger M. 5102,27

Der Reservefonds betrug 1903 M. 51804,21
Am Schlusse 1906 M. 47273,78
Mithin weniger M. 4530,43

Die Einnahmen und Ausgaben der Kasse haben sich im folgenden Weise vermehrt:

Einnahme 1904 bis 1906 M. 232887,51
1901 „ 1903 „ 180856,14
Mithin mehr M. 52031,37

Ausgabe 1904 bis 1906 M. 236357,78
1901 „ 1903 „ 174465,29
Mithin mehr M. 61492,49

Obgleich die Kasse trotz einer Anzahl Innungsstreifen in ihrer Ausbreitung recht erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen hat, sind doch ihre Kassenabschlüsse in den letzten drei Jahren ungenügend gewesen, was auf die kolossale Steigerung der Krankheitsziffer zurückzuführen ist.

Die Krankentafel ergibt:
1903.....20810 Tage | 1904.....24857 Tage
1905.....27010 „ | 1906.....26489 „

Das ist eine durchschnittliche Steigerung seit 1903 um pro Jahr 5309 Krankheitsstage oder M. 9025,30 Krankengeld.

Eine wesentliche Belastung der Kasse ist durch die aufgezogene Einführung der freien Arztwahl in einzelnen Verwaltungsstellen sowie durch die überlasteten Pflanzstätten in Heilanstalten herbeigeführt worden.

Die Abschlüsse der letzten drei Jahre ergeben, daß die Beiträge gegenüber den Bestimmungen der Kasse zu niedrig sind; außerdem macht sich infolge der hohen Ausgaben eine Ergänzung des Reservefonds notwendig. Deshalb ist von der Aufsichtsbehörde dem Kassenvorstande aufgegeben worden, zur Generalversammlung eine durchgreifende Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. Der Vertreter des Kassenaussschusses legt der Generalversammlung die Jahresrechnungen 1904, 1905 und 1906 zur Richtspruchung vor:

Einnahme 1904 M. 77758,24
Ausgabe 1904 M. 73794,26
Bestand M. 3963,98

Einnahme 1905 M. 86111,71
Ausgabe 1905 M. 82043,93
Bestand M. 4067,78

Einnahme 1906 M. 86240,75
Ausgabe 1906 M. 81450,36
Bestand M. 4790,39

Vermögensbestand M. 52005,02

Er gibt bekannt, daß der Kassenaussschuss in der verlossenen dreijährigen Geschäftsperiode 33 Revisionen vorgenommen, außer diesen vier behördliche Revisionen stattgefunden haben, bei welchen die Kasse, Marken-, Vermögens- und Kautionsbestände in Richtigkeit vorgefunden wurden und die Geschäftsführung der Kasse keine Veranlassung zu Beanstandungen gab, weshalb er beantragt, die Jahresrechnung richtig zu sprechen und dem Kassenvorstande Decharge zu erteilen, welches einstimmig beschlossen wird.

Beschwerden nach § 16, 8 sind nicht an die Generalversammlung gelangt. Folgende Anträge werden angenommen:
Berlin. Die Generalversammlung betrachtet ihre gewählten Geschäftsleiter in der Landesversicherung für versicherungspflichtig und beschließt, demgemäße Bestimmungen zu treffen.

Hamburg, Lübeck, Leipzig. Der Kassenvorstand hat spätestens bis zum Jahresabschluss neue Krankenkassen herauszugeben und haben die örtlichen Verwaltungen innerhalb vier Wochen Schemata hierzu an den Kassenvorstand einzusenden.

Leipzig. Einen Auszug aus dem Generalversammlungsprotokoll zu veröffentlichen.

Altona. Anschluss an den Verband freier Krankenkassen Hamburgs. Hierzu wird der Beschluß von 1901 aufrecht erhalten und der Kassenvorstand beauftragt, mit dem Krankenkassenverband in erneute Verhandlungen einzutreten, die örtlichen Verwaltungsstellen auf dem laufenden zu erhalten und vor Anschluss deren Zustimmung eingeholen. (Erfolgt durch die Protokollauszüge der Vorstandssitzungen.)

Frankfurt-Altona: Falls die Verhandlungen mit dem Krankentassenverband scheitern, hat der Kassenvorstand den örtlichen Verwaltungsstellen zuzulassen, die Familienversicherung möglichst auf andere Weise einzuführen.

Zur Statutenänderung wurde bereits in Nr. 48 des Kassensorgans veröffentlicht und am 1. November 1907 in Kraft tretende erste Nachtrag, außer einigen auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde vorgenommenen Abänderungen beschlossene Erhöhung des Krankengeldes I. Kl. M. 2, II. Kl. M. 1,80, III. Kl. M. 1,60 von der Behörde beantragt wurde, weil diese Erhöhung nicht nach gleichen Grundsätzen bemessen ist, sondern dann M. 2, 1,85, 1,70 betragen müsste, eine berartige Erhöhung der Unterstützung in Anbetracht der letzten ungünstigen Jahresabschlüsse und des zu ergänzenden Reservefonds aber nicht zulässig ist.

Der Kassenvorstand wird weiter beauftragt, der nächsten Generalversammlung entsprechende Anträge zur Wahlbezirkseinteilung einzubringen.

In den Kassenvorstand werden gewählt: Karl Pieschmann als Vorsitzender, Marius Hönke als stellv. Vorsitzender, Max Paul als Schriftführer, Bruno Thiele als stellv. Schriftführer, Arthur Straube, Max Meißner und Bruno Reymann als Beisitzer.

Als Ersatzmänner für den Kassenvorstand: Adolf Pfeiffer, Ernst Piesch, Emil Scholze, Paul Wiedner und Paul Schürer. Für den Kassenausschuss: Alfred Thienel, Gust Jandt und Paul Tittel.

Als Gehalt wird festgelegt: Für den ersten Vorsitzenden M. 2000, für den Stellvertreter M. 1700, für den Schriftführer M. 1000. Den Mitgliedern des Kassenvorstandes und des Kassenausschusses werden pro Sitzung 50 M. gewährt.

Nachdem der Kassenvorstand konstatiert, daß nach der Präsenzliste sämtliche Vertreter der Generalversammlung bis zum Schluß anwesend sind und zur kräftigen Agitation für die Kaffe anwesend, beschließt derselbe die Generalversammlung mit einem Hoch auf das weite Blühen und Gedeihen der Zentralkasse.

Carl Pieschmann, Vorsitzender. Bruno Reymann, Emanuel Hühner, Schriftführer. Carl Knoll, Franz Schneider, Hugo Meißner, Abgeordnete. Halle a. d. S., 29. Juli 1907.

Verbandsnachrichten.

Schlußtag des Verbandsvorstandes.

Am 20. und 21. November findet in Hamburg die gemeinsame Sitzung des Vorstandes, Ausschusses und der Gauleiter statt. Auf der Tour nach und von der Sitzung werden folgende Besprechungen stattfinden:

Referent: Kollege Freitag, Leipzig.

- Hamburg: Dienstag, den 19. November. Bergedorf: Mittwoch, den 20. November.

Referent: Kollege Gajner, München.

- München: Dienstag, den 19. November. Garmisch: Mittwoch, den 20. November. Leipzig: Freitag, den 22. November. Plauenischer Grund: Samstag, den 24. November. Dresden: Dienstag, den 26. November. Chemnitz: Mittwoch, den 27. November. Plauen i. Vogtl.: Donnerstag, den 28. November.

Referent: Kollege Hertzold, Berlin.

- Berlin: Dienstag, den 19. November. Bremen: Mittwoch, den 20. November. Schwelm: Freitag, den 22. November. Bielefeld: Samstag, den 24. November.

Referent: Kollege Lantke, Frankfurt a. M.

- Frankfurt a. M.: Dienstag, den 19. November. Altona: Mittwoch, den 20. November. Halle: Freitag, den 22. November. Braunschweig: Samstag, den 24. November.

Referent: Kollege Biermeier, München.

- München: Mittwoch, den 21. November. Garmisch: Samstag, den 24. November. Frankfurt a. M.: Sonntag, den 25. November. Chemnitz: Dienstag, den 26. November. Plauen: Dienstag, den 26. November.

Es ergeht an die Gauleiter, für guten Bescheid über Besprechungen zu sorgen.

Der Verbandsvorstand: L. Hillmann, Vorsitzender.

Quittung.

Bei Nr. 21. des 27. Oktober gingen bei der Hauptkasse des Verbands folgende Beträge ein: Für den 1. September: Mitgliedsbeitrag M. 273,70, Gesamt M. 41,70, Gesamt 72,70.

Für August und September: Conto M. 88,70. Von Einzelzahlern der Hauptkasse: G. E. Siegen M. 50, G. D. Lutjohr 8, G. D. Abendroth 8,50, F. E. Delmenhorst 5, J. F. Hülsternach 5, B. D. Remgo 8, A. G. Gothenburg 5, S. F. Wilmert 5, S. F. Delisch 16. Für Abonnements und Annoncen: M. H. Malen M. 4, J. H. Hamburg 2,25, Zentr.-K.-Hamburg 8,70. Der Hauptkassierer: Fr. Friedmann.

Literarisches.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages in Essen gelangt soeben seitens der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, zur Ausgabe. Die Verhandlungen in Essen haben allenfalls das lebhafteste Interesse nachgerufen, namentlich waren die Reden Bedels über „Die Reichstagswahlen und die politische Lage“ und Burns über „Die Alkoholfrage“, sowie die sich daran knüpfenden Debatten von großer Wichtigkeit und Tragweite für die organisierten Arbeiter. Beiliegendstes Interesse beanspruchen ferner die Verhandlungen über den Bericht vom Internationalen Kongress in Stuttgart und die Berichte der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes. Das 416 Seiten starke Protokoll kostet broschiert M. 1, kartoniert M. 1,25, in dauerhafterem Kalitoband gebunden M. 1,50. Zu beziehen ist dasselbe durch alle Buchhandlungen, Parteigeschäfte und Kolportiere.

Internationaler Sozialisten-Kongress Stuttgart 1907. Unter diesem Titel gelangt soeben das Protokoll der Verhandlungen in Stuttgart zur Ausgabe. Einleitend enthält dasselbe eine Schilderung des gewaltigen Massenmeetings auf dem Gannhatter Hofen. Aus den Verhandlungen heben wir hervor: Der Militarismus und die internationalen Konflikte. Die Kolonialfrage. Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter. Bolinische Partei und Gewerkschaften. Frauenstimmrecht. Das Protokoll enthält auch die Berichte über die Verhandlungen der Kommissionen. Ein Sach- und Sprechregister erleichtern das Nachschlagen. Der Preis des Protokolls ist M. 1,20; eine billige Ausgabe kostet 50 M. Zu beziehen ist das Protokoll durch alle Buchhandlungen und Kolportiere.

Anzeigen.

Soeben erschien: Internationaler Sozialistenkongress Stuttgart 1907. Gute Ausgabe M. 1,20. Billige Ausgabe 50 M. Porto 10 M. Inhalt: Das Massenmeeting auf dem Gannhatter Hofen. Die Verhandlungen über: Der Militarismus und die internationalen Konflikte. Die Kolonialfrage. Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter. Beziehungen zwischen politischen Parteien und Gewerkschaften. Das Frauenstimmrecht. Präsenzliste. Sach- u. Sprechregister.

Achtung! Den Bäckergehilfen von Stuttgart und Umgebung empfiehlt der Unterzeichnete sein Grosses Lager in Herren- und Knabenkleidern wie auch in Berufskleidung. Größte Auswahl. Eigene Fabrik. Jakob Süsskind, Marktstr. 3. Halbjahr größtes und billigstes Konfektionsgeschäft. Begründet 1865. - Telefon 5121 u. 2821.

Soeben erschien: Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages zu Essen 1907. Preis brosch. M. 1, kart. M. 1,25, Leinen geb. M. 1,50. Porto 20 M. Die auf dem diesjährigen Parteitag gepflogenen Verhandlungen haben das weitgehendste Interesse erweckt. Aus den Verhandlungen heben wir hervor: Kaiserzeit. Die Reichstagswahlen und die politische Lage. Die Alkoholfrage. Ferner enthält das Protokoll die Berichte des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion, des Bildungsausschusses und der Vertrauensperson der Genossinnen. Ein umfassendes Sachregister und ein Sprechregister erleichtern das Nachschlagen. Der Verlag: Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68, Lindenstr. 68.

Allen Münchener Bäckergehilfen empfiehlt sich zur Anfertigung von Herrengarderoben aller Art in jeder Preislage - für eleganten Schnitt und sich weitgehendste Garantie - Georg Prem, Wallerstr. 21, 1. Et., Rgb.

Wo treffen sich die Kollegen von Elberfeld-Barmen? Bei Daudistel, Bachstr. 83.

Zur Beachtung! Heute ist der 45. Wochenbeitrag (3. bis 9. November) fällig. Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

- Freitag, 3. November: Brandenburg: Nachm. 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wollweberstraße. Braunschweig: Nachm. 2 1/2 Uhr in Stegers Vierpfaß, Stobenstraße. Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr bei Ewald, Breitestr. 15. Elmshorn: Nachm. 4 Uhr bei Meyer, Flammweg 26. Essen a. d. R.: Nachm. 3 Uhr bei v. d. Loo, Schützenbahn. Forst i. d. L.: Nachm. 3 Uhr bei Mielke, Bahnhofstraße. Frankfurt a. M.: (Fabrik- und Tagelöhler) Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Frankfurt a. d. O.: Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 61. Gesehacht: Nachm. 2 Uhr bei F. Blön. Götting: Nachm. 2 Uhr im Goldenen Kreuz, Rangenstr. 48. Hannover: Nachm. 3 Uhr im Biebraukts Hotel, Knochenhauerstraße 1. Hildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gosenstr. 23. Kiel: Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße. Lübeck: Nachm. 3 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50. Lüneburg: Nachm. 3 Uhr im Lamberli-Vierhallen. Mensfelden: Nachm. 3 Uhr im Gasthaus zum deutschen Kaiser (Verkehrstotal). Plauen i. V.: Nachm. 2 Uhr im Schillerparken. Rudolstadt: Nachm. 2 Uhr im „Gambrius“. St. Johann a. d. S.: Nachm. 2 Uhr im „Lidoli“, Gerberstr. 26. Schwerin: Nachm. 2 Uhr bei Oldenburger, Apothekerstr. 5. Weisenfels: In Leuchern.

- Dienstag, 5. November: Viefeld: Nachm. 6 Uhr bei Blome, Weberstr. 6. Halberstadt: Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gerberstraße 15. Offenbach: Nachm. 2 Uhr bei Wagner, „Zum goldenen Stern“, Ziegelstraße. Passau: In „Neue Welt“, Inhab. Regensburg: In „Schillerstraße“, Glodenstr. B, 31.

- Mittwoch, 6. November: Bremerhaven: Nachm. 4 Uhr bei Schüller, Deichstr. 26. Cöln a. Rh.: (Weißbäcker) Nachm. 4 Uhr Severinstraße 199. Frankfurt a. M.: (Konditoren) Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Gießen: Nachm. 6 Uhr in Wehlar. Hamburg: (Bäckergehilfen-Konditoren) Abends 9 Uhr bei Stange, Zeughausmarkt. Harburg: Nachm. 5 Uhr bei Büschhof, 1. Bergstr. 7. Höchst a. M.: Nachm. 2 Uhr bei Bunn, Königsteinerstr. 65. Königsberg: Nachm. 3 Uhr im Felsenkrug, Brückenstr. 4. Nürnberg: (Bäcker) Nachm. 5 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, „Historischer Hof“. Schmöln: Nachm. 3 Uhr in der Zentralkasse. Schwabach: Bei Hofmann, Gasthof „Zum Waisisch“.

- Donnerstag, 7. November: Danzig: Bei Schag, Fischmarkt 6. Frankfurt a. M.: (Nachbäcker) Nachm. 1 Uhr im Gewerkschaftshaus. Freiburg i. Br.: Im Restaurant Geigel, Löwenstr. 2. (Deutscher Verein für Bäcker) Nachm. 3 Uhr im Storch, Schiffstraße. Guben: Im „Fürsten Blücher“, Zindolplatz. Kaiserlautern: Nachm. 4 Uhr im Gasthaus „Zur Burg“, Steinstr. 20. Ludenwalde: Nachm. 3 Uhr im „Jägerhof“, Anhaltstraße/Edel. Virmasens: „Zur Traube“, Schloßstraße. Stettin: Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bismarckstr. 10. Stuttgart: Nachm. 3 Uhr in der Schützenhalle, Hauptstätterstraße.

- Freitag, 8. November: Freiburg i. Br.: (Deutscher Verein für Fabrikantentoren und Arbeiterinnen) Abends 8 Uhr im „Auerhahn“, Schulz- und Egonstraßen-Edel. Sonnabend, 9. November: Hamburg-Altona: (Großbäcker) Abends 8 1/2 Uhr bei Stange. Stuttgart: (Konditoren) Abends 8 Uhr Innere Buchstr. 50.

- Sonntag, 10. November: Altona: Abends 8 Uhr im „Schwarzen Adler“. Barmen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Parlamentstraße. Bergedorf: Nachm. 4 Uhr im Deutschen Haus, Sachjenstr. 4. Bochum: Nachm. 4 Uhr bei Schäfer, Ringstraße. Cöln a. Rh.: (Weißbäcker) Vorm. 11 Uhr Seidenstr. 199. Dortmund: Nachm. 4 Uhr bei Wehle, Brühlstr. 16. Gera: (Deutscher Verein) Nachm. 3 1/2 Uhr bei Höfer. Halle a. S.: Nachm. 4 Uhr „Weißes Rob“, Geisstr. 5. Neumünster: Nachm. 4 Uhr bei Burg, Blönerstraße 7. Offenbach: (Deutscher Verein für Bäcker und Konditoren) „Zum Anker“. Referent: Lantke. Esslingen: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ködnerstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: F. Weidner, Hamburg, Besenbinderhof 57. - Verlag von D. Hillmann, Hamburg. - Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.